nen Tragfähigkeit und mit
n als Kastenwagen, Pritsche

mpf stellt heute höchste An-
under Organismus kann voll
es Lebens entsprechen. Sorg-
nftgemäßen Lebensweise ist
geworden. Die Frage des
st. 33 Millionen Tassen
n täglich allein in Deutsch-
e Menschen leben heute also
e befinden sich in doppelter
— Kathreiners Malzkaffee
12 Tassen kosten nur 5 Pfg.

geschmackvolle
bel
niedrigen Preisen
schäft am Platze
ermeister
rechts v. Bahnhof.

In größter Auswahl
bester Qualität und zu
billigsten Preisen
empfehle: [b4570
Guitarren
Lauten
Mandolinen
Violinen
Mundharmonikas
Ocarinas
Trommelflöten
Guitarrezithern
Ziehharmonikas
Notenpulte
Taktstöcke
Violinkasten
Violinbogen
Tragbänder
Lautenhüllen
Mandolintaschen
Grammophone
Platten Nadeln
Spezialit.: Saiten
für alle Instrumente.
M. Kneer'sche
Musikalien- und
Instrumentenhandlg.
Münster i. W.
Prinzipalmarkt 29.

Ladenlokal
zu vermieten.
In der Kreisstadt Coesfeld, in einer der Hauptstraßen, ist ein [b1770
größeres Ladenlokal
mit großem Schaufenster für sofort zu vermieten. Wohnraum vorhanden.
Off. unter Sch O 133 an die Allgemeine Zeitung, Coesfeld i. Westf.

Eilt!
Staunend billig:
Getragene, fast neue gereinigte
Maß-Anzüge
von feinsten Herrschaften aus prima Stoffen,
von 8 Mk. an
Cutaway-Anzüge
von 13 Mk. an.
Gehrock-Anzüge
von 17 Mk. an.
Mäntel
von 8 Mk. an.
Einzelne Jacketts,
Hosen
von 2,50 an.
Ia. Neue eleg. Herren-Anzüge
von 19 Mk. an.
Neue Manchester-Hosen
von 8.50 Mk. an
Neue leichte Joppen
von 4.50 Mk. an.
Neue Ia. Windjacken
8.90 Mk.
Neue blaue Schlosser-Anzüge 5.50 Mk.
Macco-Hemden
von 1.90 Mk. an.
Neue eleg. Herren-Schuhe von 8 Mk. an.
Landschuhe
von 6,50 Mk. an
Jeder Weg macht sich bezahlt.
Partiehandlung
Jakobson
Münster i. Westf.
Hagedornstraße 1.
5 Minuten vom Haupt-Bahnhof. Telephon 3630
Die ganze Woche durchgehend geöffnet.

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: P. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 69 | Freitag, den 9. März | Jahrgang 1928

Der deutsche Wahlerfolg in Polen.

Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.

)(**Kattowitz**, 7. März.

Der Ausgang der Wahlen in Polen hat keine Ueberraschung gebracht. Die Entscheidung ist so gefallen, wie man sie erwarten durfte und erwarten mußte. Das in der Hauptsache nur in den westlichen Teilen Polens vertretene Deutschtum hat sich wieder einmal glänzend geschlagen. Die deutsche Vertretung in Posen und in dem ehemaligen Westpreußen ist von bisher 3 Mandaten auf 7 Mandate gestiegen. Bezirke, die bisher durch deutsche Abgeordnete im Warschauer Sejm überhaupt nicht vertreten waren, entsenden nunmehr zum ersten Male deutsche Abgeordnete, so Gnesen und Samter in der früheren Provinz Posen und Lemberg im früheren österreichischen Galizien. Schon dieser Erfolg wäre besonderer Beachtung wert. Noch größere Beachtung verdient der deutsche Wahlsieg in Polnisch-Oberschlesien, wo die Polen die denkbar größte Anstrengung machten, den Deutschen auch das letzte Mandat zu nehmen. Riesige Geldmittel wurden für diesen Zweck geopfert, die bezahlten Kolonnen, die Nachts keine anderen Ankleber zuließen und die Wahlzettelverteiler am Wahltage selbst in alle Winde trieben, verdienten Geld im Ueberfluß. Die Anhänger Pilsudskis hatten derartige Unsummen für ihre Wahlagitation zur Verfügung, daß sie einzelnen Verteilern bis zu 100 Zl. pro Tag zahlen konnten. Der Pyrrhussieg Pilsudskis kann nirgendswo deutlicher in Erscheinung treten als gerade in Oberschlesien. Denn hier, wo die Erfolge des Anhanges des Marschalls doch nur recht bescheiden waren, konnten sie überhaupt nur durch ungeheuerliche Wahllistenfälschungen, durch Korruption und durch einen beispiellosen Terror erreicht werden. Trotzdem haben die Deutschen auch in Polnisch-Oberschlesien nicht nur ihre alte Mandatsziffer behauptet, sondern noch ein neues Mandat dazu erobert, sodaß Oberschlesien statt wie bisher 6 künftig 6 deutsche Abgeordnete in das Warschauer Parlament entsenden wird. Der glänzende deutsche Sieg in Ost-Oberschlesien tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Deutschen gegenüber der vorangegangenen Wahl des Jahres 1922 in Ost-Oberschlesien zusammen rund 70 000 Stimmen gewonnen haben! Hätte die deutsche Sozialdemokratie keinen Verrat an der deutschen Einheitsfront begangen, würden auf das Deutschtum sogar sieben Mandate entfallen sein. Durch ihr Bündnis mit der polnischen Sozialdemokratie erhielten die deutschen Sozialisten in Oberschlesien nicht ein einziges Mandat. Dagegen gingen die deutschen Sozialdemokraten in Bromberg mit der deutschen Wahlgemeinschaft zusammen und der Erfolg war, daß dort der Kandidat, der deutschen Sozialisten, der Abg. Pankratz, der vor dem Kriege auch schon Mitglied des Deutschen Reichstages war, gewählt wurde. Auch der Umstand verdient besondere Beachtung, daß Korfanty, der große Gegner Pilsudskis, sich einen Platz im neuen Sejm zu sichern gewußt hat, obwohl ihn ein Ehrengericht als unwürdig für die Würde eines Volksvertreters bezeichnet hatte!

Hat nun Pilsudski überhaupt einen „Sieg" errungen? Gewiß, auf dem Papier. In dem im November zu Grabe getragenen Parlament hatte er überhaupt keine eigene Partei. Er gewann sich eine kleine Unterstützung gewissermaßen leihweise und regierte im übrigen diktatorisch. Jetzt hat er zwar eine eigene Vertretung im Sejm, aber sie wird höchstens in einer Stärke von 135 Abgeordneten vorhanden sein, während der Sejm 444 Mitglieder zählt. Von einer Mehrheit kann also keine Rede sein. Darin liegt die tatsächliche Niederlage des Marschalls, denn er ist auch künftig auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen oder er muß auf die Uneinigkeit seiner Opposition von links und rechts spekulieren. Sein Wille, die Rechtsopposition vollkommen zu zerschlagen, ist ein frommer Wunsch geblieben. Er hat die Rechte schwächen können, aber er hat nichts tun können dagegen, daß die Linksopposition erheblich stärker geworden ist wie früher. Während im letzten Sejm die polnische Sozialdemokratie nur 41 Mandate hatte, wird sie im künftigen Parlament 62 Vertreter haben. Dazu kommt, daß die in der Wahlkampagne in Erscheinung getretene Pilsudski-Partei aus Teilen von drei früheren Sejmparteien entstanden ist, und es ist durchaus noch nicht sicher, ob die künstlich geschaffene neue Partei einen inneren Zusammenhang gewährleistet. Vieles spricht vielmehr dafür, daß sie nach dem Zusammentritt des Sejms auch wieder auseinander fallen wird. Dann würde der Pyrrhussieg Pilsudskis noch deutlicher in Erscheinung treten.

Um den Hereinfall Pilsudskis noch deutlicher und klarer hervortreten zu lassen, muß man sich vergegenwärtigen, wo und wie der Marschall seine Erfolge erzielt hat. Sie kommen in der Hauptsache nur aus dem Osten des Landes. Dort hat man einfach die gegnerischen Listen für ungültig erklärt, und es war dann dem konkurrenzlosen Pilsudski-Anhange leicht, einen Erfolg zu erringen. Ein praktisches Beispiel: Im Wahlbezirk von Kowel waren bisher 5 ukrainische Abgeordnete gewählt. Jetzt wurde dort die ukrainische Kandidatenliste für ungültig erklärt, die Konkurrenz war ausgeschaltet und das Lager der „moralischen Sanierung" konnte mühelos siegen und 5 Mandate gewinnen. Auch die „Katt. Ztg." beleuchtet grell den Pyrrhussieg Pilsudskis, indem sie feststellt, daß „der Regierungsblock in den östlichen Wahlkreisen wie Kowel, Luck, Brest-Litowsk, Pinsk, Nowogrodek und Lida alle oder fast alle Mandate nur dadurch erhalten hat, daß dort weit stärkere ukrainische und linksradikale Parteien verboten worden waren."

Der Erfolg Pilsudskis ist also trügerisch. Er ist vollkommen verkehrt, wenn man im Auslande, wie das vielfach beobachtet werden konnte, den Ausgang der polnischen Wahlen als eine „Zerschmetterung der Rechten", als eine herbeigeführte „Stärkung des Zentrums" oder gar als einen „Abmarsch der Wähler in das Linkslager" betrachtet. Pilsudski denkt weder zu Gunsten der Rechten noch zu Gunsten der Linken, und er hat auch kein direktes Interesse an einer Stärkung des Zentrums. Ihm lag es einzig und allein an der Gewinnung von Leuten, die durch dick und dünn seine Politik betreiben und seine rein persönlichen Wünsche erfüllen. Mit dieser Politik hat er Schiffbruch erlitten, und es ist vollkommen falsch, wenn die polnischen Wahlen etwa zum Ausgangspunkt für Betrachtungen über den Ausgang der Wahlen in den übrigen europäischen Staaten, soweit diese im Jahre 1928 vorgenommen werden, genommen werden. Daß sich Pilsudski künftig zum Voll-Diktator weiter entwickelt, ist ihm sogar erheblich erschwert worden, denn er müßte ja künftig ein Drittel des Sejms, bestehend aus seinen eigenen Volksvertretern, an deren Spitze fast alle Volksvertreter stehen, vor den Kopf stoßen. Der Leiter der Geschicke Polens sieht sich so nach dem Ausgange der Neuwahlen vor noch schwereren Aufgaben. Inzwischen aber ist mit Freude zu begrüßen, daß der Minderheitenblock die drittstärkste Fraktion der neuen Volksvertretung sein wird!

Tagung des Reichsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei.

Richtlinien zum Problem Reich und Länder. – Eine Kommission zur Vorbereitung des Wahlkampfes.

Reichsparteiausschußsitzung am 12. April.

Von unserer Berliner Redaktion.

)) **Berlin**, 8. März. (Drahtb.)

Heute nachmittag trat der Reichsvorstand der Deutschen Zentrumspartei zu seiner bereits angekündigten Sitzung zusammen, an der auch die Landesverbandsvorsitzenden und Generalsekretäre der Partei teilnahmen. Außerdem sah man die Minister Dr. Brauns und Dr. Köhler, auch Dr. Wirth war anwesend. Die Versammlung war gut besucht. Den Vorsitz führte Abgeordneter Dr. Stegerwald, der zunächst die Grüße des Reichskanzlers Dr. Marx überbrachte. Der Reichskanzler ließ sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß er an den Verhandlungen nicht teilnehmen könne. Gleichzeitig ließ er mitteilen, daß sich sein Gesundheitszustand noch nicht so weit gebessert habe, daß er sich an den Wahlvorbereitungen beteiligen könne.

In seinem die Verhandlungen einleitenden Referat gab Dr. Stegerwald einen Ueberblick über die politische Lage und die besonderen Aufgaben der Zentrumspartei. Er betonte, daß im Mittelpunkt der Diskussion nach wie vor das Thema „Reich und Länder" einen großen Platz einnehme. Bekanntlich haben vor kurzer Zeit die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages eine gemeinsame Sitzung abgehalten, in der diese Frage ebenfalls ausgiebig erörtert wurde. Damals wurde ein Neuner-Ausschuß eingesetzt, in den drei Mitglieder der Reichstagsfraktion, drei Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion und je ein Vertreter von Hessen, Württemberg und Baden delegiert wurden. Die Beratungen dieses Ausschusses zeitigten die nachstehenden Richtlinien, die vom Vorsitzenden der Kommission, dem Abgeordneten von Guérard, erläutert wurden:

1. Zum Ziele der Vereinfachung der Verwaltung und Herbeiführung von fühlbaren Ersparnissen und Erleichterungen der öffentlichen Lasten bedarf das derzeitige Verhältnis von Reich und Ländern einer Aenderung. Wenn eine solche Aenderung zu dem erstrebten Ziele führen soll, muß sie auf dem Wege organischer Fortentwicklung erfolgen. Gewaltsame gesetzgeberische Eingriffe sind abzulehnen.

2. Entsprechend dem Programm der Zentrumspartei erstrebt die Partei die Herbeiführung eines echten Föderativstaates, der auf wirklich lebensfähigen Ländern aufgebaut ist und neben einer starken Zentralgewalt weitestgehende Dezentralisation der Verwaltung und Hebung der Selbständigkeit der unteren Behörden in Reich und Ländern behufs Einschränkung des Instanzenzuges unter Ausbildung verantwortlicher Selbstverwaltung zum Ziele hat. Nur auf diesem Wege ist eine fühlbare Senkung der öffentlichen Lasten möglich. Ein schematischer Einheitsstaat wird, wie jede überzentralisierte Verwaltung, eine Verteuerung herbeiführen.

3. Die zur Erreichung dieses Endzieles zu überwältigenden Schwierigkeiten liegen in erster Linie in dem Dualismus Preußen—Reich und dem Vorhandensein von lebensunfähigen kleinen Ländern.

4. Die Weimarer Verfassung hat das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich inbezug auf die praktische Politik in einem ungeklärten Zustand gelassen. Die gegenwärtige, auf Artikel 61 und 63 der Reichsverfassung beruhende Vertretung der in Preußen staatlich organisierten Mehrheit des deutschen Volkes im Reichsrat kann als ausreichend und befriedigend nicht angesprochen werden. Die Initiative zu einer sachgemäßeren Lösung dieses Problems, die selbstverständlich das verfassungsmäßige Recht der Provinzen auf eine eigene Vertretung im Reichsrat nicht antasten darf, muß den unmittelbar Beteiligten überlassen bleiben. Die Hegemonie Preußens, wie die Bismarcksche Reichsverfassung sie gegründet hatte, ist beseitigt worden, ohne daß eine andere klare Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und den größten Ländern erfolgt ist. Eine Wiederherstellung der alten preußischen Hegemonie ist unmöglich mit Rücksicht auf den zu erwartenden Widerstand der anderen Länder und die tatsächlich erfolgte innerpolitische Entwicklung. Eine verschleierte Rückkehr zur alten Hegemoniestellung Preußens durch seine Verreichlichung ist ebenfalls unmöglich. Auch eine Zerschlagung Preußens ohne gleichzeitige Aenderung des jetzigen Verhältnisses zwischen Reich und den übrigen Ländern insgesamt muß abgelehnt werden. Praktisch möglich ist zunächst nur der Weg, durch Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Reichsgewalt und preußischer Staatsgewalt Reibungen zu vermeiden und auf gemeinsame Arbeit in der Verwaltungsvereinfachung hinzustreben. Erste Vorbedingung für einen Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit ist die energische Inangriffnahme einer Verwaltungsreform in Preußen entsprechend dem Urantrag der preußischen Landtagsfraktion der Zentrumspartei.

5. Unter dieser Voraussetzung können Länder, die zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben dauernd unfähig sind, nicht grundsätzlich aufrecht erhalten werden. Das gilt insbesondere für solche Gebiete, die räumlich nicht zusammenhängen, sowie durch Gemengelage einzelner Gebietsteile eine besondere kostspielige Verwaltung zur Folge haben.

6. Dagegen müssen an sich lebensfähige Länder, die durch wirtschaftliche Umstände vorübergehend in Schwierigkeiten geraten sind, zur Erfüllung ihrer eigenstaatlichen und gesamtdeutschen Aufgaben erhalten bleiben. Alle Vorschläge, die ein Auffaugen solcher Länder durch größere Länder oder ihre Ueberführung in Reichsländer bezwecken, sind abzulehnen. Diese Forderung muß umso mehr betont werden, als die Erhaltung der Kulturzentren in den verschiedenen Ländern außerhalb Berlins ein wesentlicher Aktivposten der geistigen und kulturellen Geltung Deutschlands ist. Auch in dieser Beziehung ist weitere Zentralisation zu meiden.

7. Unter Berücksichtigung des Vorgesagten erscheint eine Lösung besonders in Mitteldeutschland und dem Rhein-Main-Gebiet nur möglich unter Zusammenfassung der im Gemenge liegenden Gebiete zu lebensfähigen Ländern auch unter Opfern Preußens.

8. Eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß nach einheitlichen Gesichtspunkten mit größtmöglichster Beschleunigung erfolgen, um dann eine endgültige Steuerreform bezw. Gesamtfinanzgebarung in Reich und Ländern mit verantwortlicher finanzieller Eigenwirtschaft aller Beteiligten aufzubauen.

9. Zur Erreichung dieses Zieles muß, den Beschlüssen der Länderkonferenzen entsprechend, der Versuch gemacht werden, bestimmte Gebiete der Verwaltung im Wege der Vereinbarung auftragsweise dem Reiche zu übertragen. Dabei hat das Reich unter allen Umständen zu vermeiden, daß es einen neuen unnötigen eigenen Behördenapparat in den unteren Instanzen in solchen Ländern unterhält. Das Reich hat auch in solchen Auftragsangelegenheiten sich in weitestgehendem Maße der Mitarbeit der Selbstverwaltungskörper zu versichern. Gleichzeitig müssen solche Aufgaben des Reiches, die zweckmäßigerweise von den Ländern erledigt werden, auf diese schon jetzt übertragen werden.

10. Um eine möglichst baldige finanzielle Auswirkung zum Ziele der Lastensenkung herbeizuführen, sind die Vorschläge der Zentrumsfraktion des Reichstages, die in den §§ 40 bis 43 des Beamtenbesoldungsgesetzes und in den gleichzeitig angenommenen Entschließungen niedergelegt sind, mit aller Energie durchzusetzen, wobei selbstverständlich der im Gesetz garantierte erforderliche Spielraum für die Aufrechterhaltung unentbehrlicher Behörden und Beamtenstellen nicht eingeschränkt werden soll. Nur so kann eine zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden und eine der modernen technischen Entwicklung angepaßte Verminderung der Zahl der Lokal- und Mittelbehörden durch neue Begrenzung ihrer Bezirke erzielt werden. Hier hat die Initiative der Zentrumsfraktion der Länder, wie dies bereits im Preußischen Landtag geschehen ist, in Erscheinung zu treten.

11. In Uebereinstimmung mit den bedeutsamen Beschlüssen der Länderkonferenz und der Form ihres Zustandekommens müssen die gesamten vorgenannten Fragen mit größter Loyalität zwischen Reich und Ländern gelöst werden. Insbesondere sind Versuche, auf dem Wege der Verfassungsänderung die Hoheitsrechte der Länder zu beschränken, abzulehnen."

Nach einer längeren Debatte wurden die Richtlinien angenommen.

Die politische Aussprache wurde mit einem längeren Referat des Generalsekretärs Dr. Vockel eingeleitet, der in der Hauptsache die Aufgaben des kommenden Wahlkampfes umriß. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes wurde eine Kommission eingesetzt, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Joos, Dr. Brauns, Esser, Dr. Graß, Dr. Heß, Perlitius, Frau Weber und Dr. Vockel. Als Vorsitzender wurde Joos bestimmt. Der Wahlaufruf muß bis zum 12. April fertig sein, weil an diesem Tage der Reichsparteiausschuß wieder zusammentritt. Am 11. April hält der Parteivorstand eine Sitzung ab, um die Reichslisten endgültig aufzustellen. Ein Parteitag findet vor den Wahlen nicht mehr statt. Morgen tritt der engere Parteivorstand zusammen. Er wird sich mit den Wahlkreisvorsitzenden über Wahl- und Kandidatenfragen besprechen.

★

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern einen Antrag eingebracht: „Die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Länderregierungen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, daß die noch vorhandenen Einschlußgebiete (Enclaven) im Wege der Verständigung zwischen den beteiligten Länderregierungen mit nachfolgendem Reichstagsgesetz beseitigt werden." Dieser Antrag liegt im Sinne der vom Reichsparteivorstand gebilligten Richtlinien.

Kulturpolitische Anträge des Zentrums.

○ **Berlin**, 8. März. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern wurden vom Zentrum im Haushaltsausschuß des Reichstages mehrere bedeutsame kulturpolitische Anträge eingebracht. Da die Verarmung der Schriftsteller und bildenden Künstler sehr groß ist, wurde beantragt, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung möge Vorschläge für die Einführung einer Kulturabgabe zugunsten der deutschen Geistesarbeiter unterbreiten. Für die Fortbildungsstufe der Junglehrer wurden vom Zentrum 300000 Reichsmark gefordert. Da die Staatsangehörigkeit der Auslandsdeutschen vielfach unklar ist, verlangt das Zentrum, daß der Reichstag die Reichsregierung ersuchen möge, baldigst eine Novelle zum Gesetz über Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit vorzulegen. Außerdem soll die Reichsregierung mit Rücksicht auf die vielen Kopfverletzungen der Kriegsbeschädigten ersucht werden, der wissenschaftlichen Bäder- und Klimaforschung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und im Zusammenhang damit mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten die Bestrebungen zur Erforschung und Bekämpfung des Rheuma nach Möglichkeit zu fördern.

Ablehnung des Personalnachtragsetats.

:: **Berlin**, 8. März. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Am Donnerstag fanden zwischen den Reichsministern Dr. Köhler und Dr. Hergt einerseits und den Parteiführern andererseits Besprechungen über die vom Reichskabinett ausgearbeitete Vorlage eines Personalergänzungsetats statt. Wie wir hören, fand der Entwurf der Reichsregierung bei den Parteien keine Zustimmung. Lediglich Graf Westarp soll sich dafür erwärmt haben. Die geplanten Höherstufungen von Beamten und Neueinrichtungen von Beamtenstellen werden demnach wahrscheinlich unterbleiben. Lediglich die angenommenen Entschließungen und die in den Fußnoten zum Besoldungsgesetz enthaltenen Bestimmungen sollen ausgeführt werden. Für die Beamten der Reichsministerien wird die vorgeschlagene 50prozentige Erhöhung der Ministerialzulage nicht in Frage kommen.

★

Zu vorstehender Meldung unserer Berliner Redaktion liegt noch eine Nachricht des V. D. Z.-Büros vor. Darin wird mitgeteilt, daß der Zentrumsvertreter Abg. v Guérard in der Besprechung der Parteiführer mit den Ministern daran festgehalten habe, daß nicht mehr beraten werden solle. Das Büro fügt aber folgende Bemerkung von Regierungsseite hinzu: „Es handelt sich gar nicht darum, daß ein großer Beamtenschub vorgenommen werden soll. Dies ist nicht die Absicht der Reichsregierung. Vielmehr sollen nur einige wenige Posten wegen ihrer Eigenart gehoben werden, und zwar in allen Ressorts, also nicht wegen der Personen oder wegen irgendwelcher Parteieinstellungen. Außerdem handelt es sich um automatische Folgerungen aus der Besoldungsreform. Der Ergänzungsetat für 1928 wird in den allernächsten Tagen dem Reichsrat zugehen, nachdem am Freitag das Kabinett darüber endgültig beschlossen hat. Ob er in der vorgeschlagenen Fassung Gesetz werden wird, hängt allerdings wesentlich von der Stellung des Zentrums ab. Für diese Partei wird der Umfang der Vorlage von entscheidender Bedeutung sein."

Reichsratsbeschlüsse.

× **Berlin**, 8. März. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag den Gesetzentwurf über ein deutsch-schweizerisches Uebereinkommen betr. die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger, ferner den Gesetzentwurf über das Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und Spanien und den Gesetzentwurf über eine deutsch-niederländische Vereinbarung wegen der Verzollung von Hohlglas in Deutschland. Genehmigt wurde die Verordnung, wonach auch 1928 der Mindestsatz desjenigen, was aus der Hauszinssteuer für Wohnungsbauzwecke verwendet werden soll, auf 15—20 Prozent festgesetzt wird. Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf über Schutz

waffen und Munition, der ein einheitliches Reichsrecht anstelle der bisherigen verschiedenartigen Bestimmungen in den Ländern schafft. Man hofft von dem Entwurf auch eine Einschränkung der Kriminalität. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß nach den Beschlüssen des Reichsrats und gegen die ursprüngliche Regierungsvorlage der Handel mit Waffen und Munition konzessionspflichtig gemacht wird, ferner wird für die Ueberlassung und den Erwerb von Waffen und Munition ein von der Behörde ausgestellter Erwerbsschein eingeführt und zum Besitz einer Waffe bedarf es eines behördlich ausgestellten Waffenscheines. Gewisse Ausnahmen sind insbesondere für die Inhaber von Jagdscheinen zugelassen. Das Gesetz enthält scharfe Strafbestimmungen. Zur Wahrung des einheitlichen Reichsrechtes wird ausdrücklich festgelegt, daß weitere Beschränkungen durch die Länder unzulässig sind, und soweit solche noch bestehen, sie spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes aufgehoben werden müssen. Ein Antrag Thüringens, die Regierungsvorlage bezüglich des Handels mit Waffen und Munition wieder herzustellen, fand nicht die genügende Unterstützung. Der Reichsrat genehmigte weiterhin die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz und die Verordnung über Erleichterungen für den kleinen Grenzverkehr mit Danzig. Angenommen wurde im Rahmen des Notprogramms eine Novelle zum Zolltarif, wonach für die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch Einfuhrscheine erteilt werden, und ein Gesetz, wonach die jährliche Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches auf 50000 Tonnen herabgesetzt wird. Der Reichsrat erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch um 1 Jahr verlängert wird.

Die Phoebus-Besprechungen.

:: **Berlin**, 8. März. Ueber die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx mit den Parteiführern über die Phöbus-Angelegenheit wissen einzelne Blätter noch Einzelheiten mitzuteilen. So schreibt die „Vossische Zeitung": Der dem Parlament zu unterbreitende Bericht soll nach den feierlichen Versprechungen des Reichskanzlers alles enthalten, was der Reichstag wissen muß. Es werden dabei auch Einzelheiten im Bericht enthalten sein, die bisher nicht bekannt geworden sind. Der Bericht wird vor allen Dingen alles tatsächliche umfassen und alle budgetrechtlichen Fragen behandeln. Der Reichskanzler gab zu, daß arge Verfehlungen vorgekommen sind, daß aber alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine Wiederholung solcher Vorfälle unmöglich zu machen. Die sogenannten „schwarzen Fonds" sind restlos ausgeräumt. Es ist kein Pfennig mehr da, der ohne Wissen des Reichstages ausgegeben werden kann. Mit dem vom Reichskanzler beabsichtigten Vorgehen haben sich die Parteiführer, also auch die Demokraten und die Sozialdemokraten, im wesentlichen einverstanden erklärt. Sowohl die Demokraten als auch die Sozialdemokraten erklärten, daß sie ihre endgültige Stellungnahme erst treffen wollen, wenn der Bericht vorliegt und von ihnen geprüft worden ist. Was die Frage der Verhinderung einer Wiederholung solcher Vorkommnisse anbetrifft, so ist man, wie es im „Lokal-Anzeiger" heißt, zu dem Ergebnis gekommen, daß ein neuer Ausschuß des Kabinetts gebildet werden soll, der als Kontrollinstanz nicht nur über das Reichswehrministerium, sondern über alle Ressorts der Reichsregierung wachen soll. Eine derartige ministerielle Kontrollinstanz könne durch einfachen Kabinettsbeschluß eingesetzt werden. Nach den Parteiführerbesprechungen fand noch eine Ministerbesprechung statt, in der im wesentlichen das Ergebnis der Unterredungen mit den Parlamentariern zur Kenntnis genommen wurde. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird, wie es im „Lokal-Anzeiger" heißt, erst am Montag von Genf nach Berlin zurückkehren, hat also seine ursprüngliche Absicht, mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage sofort nach Berlin zurückzukommen, wieder aufgegeben. Wie die Blätter schließlich mitteilen, wird die Debatte über den Phöbus-Bericht im Hauptausschuß am Dienstag stattfinden, und zwar wird vermutlich der Reichskanzler selbst, wenn es sein Gesundheitszustand erlaubt, den Bericht erläutern.

Zurück in den Völkerbund!

Ein Appell an Spanien und Brasilien.

× **Genf**, 8. März. Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung des Völkerbundsrates verlas der Ratspräsident Urrutia eine Erklärung, in der er zu den Austrittserklärungen Brasiliens und Spaniens, die Mitte Juni bezw. Anfang Dezember wirksam werden, Stellung nahm und der Meinung Ausdruck gab, daß der Völkerbund zu dieser Möglichkeit nicht schweigen dürfe. Es müsse geprüft werden, ob die im Jahre 1926 vorhandenen Gründe noch bestehen und ob sie auch heute noch so stark seien, daß der Entschluß Brasiliens und Spaniens endgültig und irreparabel werde. Urrutia schlägt deshalb eine Demarche des Völkerbundsrates vor, durch die den beiden Staaten ein neuer Beweis der außerordentlich großen Bedeutung gegeben würde, die er der Mitarbeit dieser beiden Staaten im Völkerbund und an der Sache des Friedens beimißt. In dieser Hinsicht erklärte er sich bereit, im Namen des Völkerbundsrats zwei Briefe an Brasilien und Spanien zu richten und für eine der nächsten Sitzungen den Wortlaut und eine entsprechende Entschließung dem Völkerbundsrat vorzulegen.

Diese Initiative des Ratspräsidenten fand sofort die Unterstützung Chamberlains, der sich jedoch zu der Sache selbst erst nach Vorlage der Briefe und des Entschließungsantrages äußern wollte. Auch die übrigen Ratsmitglieder gaben ihrer Zustimmung lebhaften Ausdruck, wobei das chilenische Ratsmitglied Villegas das große Interesse betonte, das insbesondere die südamerikanischen Staaten an der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit Brasiliens und Spaniens im Völkerbund haben.

Reichsminister Dr. Stresemann erklärte, er habe es stets als ein besonders schmerzliches Zusammentreffen der Ereignisse empfunden, daß in dem Augenblick, als Deutschland in den Völkerbund eintrat, zwei große Nationen ihre Mitarbeit am Völkerbund einstellten, wodurch eine empfindliche Lücke entstanden sei. Dieser Meinung habe er verschiedentlich und auch bereits in seiner ersten Rede vor der Völkerbundsversammlung im Herbst 1926 Ausdruck gegeben, daß Spanien und Brasilien zwei Länder seien, mit denen Deutschland in nahen und freundschaftlichen Beziehungen stehe. Der Wert ihrer aktiven Mitarbeit im Völkerbund brauche daher von ihm nicht besonders hervorgehoben zu werden. Beide Länder seien zweifellos berufen, in Zukunft im Interesse des Völkerbundes erneut sehr wertvolle Dienste zu leisten. Er könne daher nur aufrichtig die Initiative des Ratspräsidenten begrüßen, die dahin gehe, beide Länder zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit im Völkerbund zurückzugewinnen.

Ratspräsident Urrutia betonte im weiteren Verlauf, daß die in der heutigen Sitzung erfolgte einstimmige Unterstützung seiner Initiative durch sämtliche Ratsmitglieder eine denkwürdige Kundgebung darstelle, die eine größere moralische Bedeutung besitze, als der nunmehr an beide Regierungen zu richtende förmliche Appell.

*

Die rumänisch-ungarische Optantenfrage.

× **Genf**, 8. März. Bei Beratung des rumänisch-ungarischen Optantenkonfliktes gab zunächst Chamberlain als Berichterstatter eine kurze Darstellung der Entwicklung der Angelegenheit, die den Rat bereits seit 1923 beschäftige. Er erinnerte an die Vorschläge, die das Ratskomitee im September vorigen Jahres unter Zustimmung der Ratsmitglieder ausgearbeitet hatte und an die Aufforderung des Rates an beide Regierungen, durch direkte Verhandlungen eine Lösung zu suchen. Bei dieser Sachlage sei es vor weiteren Stellungnahmen des Rates angezeigt, daß zunächst die beiden Parteien mitteilen, was sie inzwischen unternommen haben. Diesem Ersuchen entsprach der rumänische Außenminister Titulescu, indem er lediglich darauf hinwies, daß seine Regierung bereits im Dezember dem Rat telegraphisch mitgeteilt habe, daß sie den Ratsbericht vollinhaltlich annehme.

Graf Apponyi, der Vertreter Ungarns, erinnerte in einer längeren Darstellung zunächst daran, daß die im Ratsbericht enthaltenen drei Grundprinzipien nur als Empfehlungen aufgenommen worden seien. Die rumänische Regierung habe jedoch der ungarischen Regierung erst vor 14 Tagen eine amtliche Antwort auf ihre im Dezember gemachten Transaktionsvorschläge zukommen lassen. Diese Antwort wurde von Graf Apponyi insbesondere deswegen kritisiert, weil die rumänische Regierung von Ungarn vor Aufnahme der direkten Verhandlungen den Verzicht auf ihren eigenen Rechtsstandpunkt verlange und ferner weil die Antwort den Charakter eines Ultimatums trage, was absolut unannehmbar sei. Der rumänische Vorschlag bedeute ungefähr den Verzicht auf 10 bis 11 Millionen Franken, denen der Wert von 150 Millionen ha Land gegenüberstehe. Das sei kein Verhältnis, das für eine ernstgemeinte Transaktion in Frage kommen könne. Bei dieser Sachlage könne die ungarische Regierung nur ihren Antrag wiederholen, daß der Rat auf Grund des Artikels 239 des Vertrages von Trianon einen neutralen Ersatzschiedsrichter in das gemischte ungarisch-rumänische Schiedsgericht ernenne.

Titulescu trat der vom Grafen Apponyi an den rumänischen Vorschlägen geübten Kritik entgegen und wies insbesondere den Vorwurf des ultimativen Charakters zurück. Er betonte, daß Rumänien gezwungen sei, die Vorbedingungen juristischer Art zu stellen, da sich sonst eine privilegierte Behandlung der ungarischen Optanten ergeben könnte, durch die die rumänische Regierung sich der Gefahr aussetzen würde, daß auch die übrigen Optanten ähnliche Forderungen an sie stellen. Rumänien, dessen Währung gegenwärtig schlechter stehe als diejenige Ungarns, könne sich ohne schwere Gefahr nicht uferlosen Ansprüchen wegen seiner Agrarreform aussetzen. Nach dem Pariser Abkommen von 1922 über die Verteilung der Reparationszahlungen habe Rumänien den größten Teil seiner Forderungen von Oesterreich und Ungarn zu erhalten, und wenn Apponyi eine Anrechnung hierauf als ein Luftschloß bezeichne, so beweise das, daß er die Hoffnung auf Zahlung der Reparationen durch Ungarn ebenfalls für imaginär halte. Rumänien könne sich unter keinen Umständen eine Kriegsentschädigung mit Passivsaldo gefallen lassen. Der Rat vertagte sich hierauf auf heute Nachmittag zur Fortsetzung der Aussprache.

*

Fortsetzung der Debatte zwischen Apponyi und Titulescu.

:: **Genf**, 8. März. Die heutige zweistündige Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates war ausschließlich mit der Replik und der Duplik der beiden Parteien im ungarisch-rumänischen Optantenkonflikt ausgefüllt. Graf Apponyi führte aus, der vom Rat im September angenommene Vorschlag habe den Charakter einer Verhandlungsgrundlage für beide Parteien, nicht aber einer endgültigen Entscheidung und Ungarn sei also zu einer Annahme nicht verpflichtet. Mit sehr eindrucksvoll vorgetragenen grundsätzlichen Erwägungen warnte Graf Apponyi im Schlußteil seiner Rede davor, daß der Rat zum Kassationshof für die Rechtsprechung internationaler Gerichte gemacht werde, da sonst das Recht der Politik untergeordnet würde. Wenn der Rat sich nicht entschließen könne, die von Rumänien zurückgezogenen Richter zu ersetzen, so gebe es nur noch den Weg der Einholung eines Gutachtens beim Haager Internationalen Gerichtshof darüber, ob die im Berichte des Rates aufgestellten Grundsätze den Bestimmungen des Vertrages von Trianon entsprechen. Nach der fast 1½stündigen Replik des Grafen Apponyi vertrat Titulescu mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß Ungarn nichts anderes als eine Vorzugsbehandlung für die ungarischen Optanten erreichen wolle. Wenn Ungarn den vorliegenden Ratsbericht und einen Vergleich auf der Grundlage eines teilweisen Erlasses der Reparationszahlungen annehme, so sei Rumänien bereit, über die Summe selbst weiter zu verhandeln. Unter Berufung auf den Bericht des Rates sprach sich Titulescu sehr entschieden gegen die Stellung von Ersatzrichtern für das ungarisch-rumänische Schiedsgericht aus, ebenso gegen die Einholung eines Gutachtens beim Haager Gerichtshof. Die Fortsetzung der Beratung über den ungarisch-rumänischen Optantenstreit ist auf Morgen vormittag angesetzt.

*

Kein Ausweg!

○ **Genf**, 8. März. Im Anschluß an die heutige Nachmittagssitzung ist der Völkerbundsrat zu einer 1½ stündigen Geheimsitzung zusammengetreten, um in Abwesenheit von Titulescu darüber zu beraten, welcher Weg nach den heutigen absolut gegensätzlichen Erklärungen der beiden Parteien zur Beilegung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites beschritten werden soll. Ein Ausweg wurde noch nicht gefunden, sodaß die Weiterberatung auf morgen vormittag vertagt werden mußte. Die Ratsmitglieder werden voraussichtlich am Freitag vormittag zunächst in vertraulicher Sitzung einen weiteren Gedankenaustausch über diese Frage haben.

*

Ein Schreiben des Generals Tanczos.

:!: **Genf**, 8. März. General Tanczos hat an den Generalsekretär des Völkerbundes einen Brief gerichtet, in dem er ausführt, daß, wie er aus der Presse erfahre, seine gestrigen Erklärungen über die Originale der Frachtbriefe, die er auf Verlangen Briands dem Rat in der gestrigen Sitzung vorzeigte, zu einem Mißverständnis geführt haben. In Wirklichkeit habe er dem Rat den „Originaltext der Frachtbriefe in beglaubigter Kopie" vorgelegt. Die Originale der Frachtbriefe seien jedoch, wie er hinzufügt, unverzüglich dem Rat zur Verfügung gestellt worden.

*

Besprechungen zwischen Stresemann, Chamberlain und Briand.

)) **Genf**, 8. März. Die Ratsmitglieder folgen heute mittag einer Einladung des Ratspräsidenten Urrutia zu einem gemeinsamen Frühstück. Reichsminister Dr. Stresemann und Sir Austin Chamberlain haben sich zu einer anschließenden persönlichen Besprechung verabredet, der später auch Briand beiwohnen wird. Hauptgegenstand der Besprechungen bildet, wie verlautet, die Neuwahl der Regierungskommission des Saargebietes.

Der Nichtfachmann als Minister besser als der Fachmann!

Die Deutschnationalen haben umgelernt

Die Fortsetzung der Beratung des Verkehrsetats im Reichstag.

◆ **Berlin**, 8. März.

Der Reichstag setzte die zweite Beratung des Verkehrsetats fort.

Abg. Giesberts (Z.) bezeichnete es als falsche Sparsamkeit, wenn beim Ausbau der Verkehrsmittel gespart wird. Gerade auf diesem Gebiet wären alle Ausgaben eine durchaus produktive Anlage, denn sie dienen der Belebung der nationalen Wirtschaft und der nationalen Arbeit. Eine Ermäßigung der Gütertarife werde nur möglich sein, wenn bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur die Einnahmen der Reichsbahn sich steigern. Die für den Ausbau des Liniennetzes bereitgestellten Mittel seien lächerlich gering. Vor allem sei ein

Ausbau des Eisenbahnnetzes nötig im östlichen und westlichen Grenzgebiet.

Der Reichstag müsse einmal grundsätzlich die Frage entscheiden, ob neue Kanäle gebaut werden sollen. Die begonnenen Kanalbauten müßten möglichst schnell vollendet werden. Der Redner beantragt für die Vorbereitung des Hansakanals und des Aachen-Rhein-Kanals Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Er fragt, wie es mit den neuen Rheinbrücken-Projekten bei Speyer, Mannheim und Ludwigshafen stehe. Dieses Werk dürfe nicht durch kleinliche Streitigkeiten der Länder verzögert werden. Die Straßen müssen so verbessert werden, daß sie den sich täglich steigernden Lastkraftwagenverkehr ertragen können. Das Luftverkehrswesen müsse weiter gefördert werden. Die aus Anlaß der Förderung der Flugzeugindustrie gegen Beamte des Verkehrsministeriums erhobenen Vorwürfe haben sich als vollkommen haltlos erwiesen.

Abg. Dr. Wieland (D.) vermißt bei der Verkehrspolitik des Reiches ein klares Ziel.

Die in der Luft liegende Tariferhöhung der Reichsbahn

würde verhängnisvoll für die Wirtschaft sein. Im Kraftwagenverkehr bestehe eine höchst unbefriedigende Zersplitterung zwischen Reichsbahn, Post- und Kraftverkehrsgesellschaften. Die weitere Beteiligung des Reiches an diesen Gesellschaften lehnt der Redner ab. Der Reichssparkommissar müsse das gesamte Kraftfahrwesen auf seine Vereinheitlichung nachprüfen.

Abg. Dr Quaatz (D. N.) wendet sich gegen die gestrige Bemerkung des Abgeordneten Dr. Mittelmann gegen den Verkehrsminister, daß mit dem Amt nicht das nötige Wissen übertragen worden sei und daß deswegen seit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Krohne das Verkehrsministerium in der Schätzung der Oeffentlichkeit verloren habe. Hierzu erklärt Abg. Dr. Quaatz: Es kommt nicht darauf an, welche Schule ein Mann durchläuft, sondern wie er sich in der Schule des Lebens bewährt. (Beifall bei den Deutschnationalen und links.) Ich kenne keinen häßlicheren Hochmut, als den Hochmut der Bildung. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Was die wissenschaftliche Bedeutung betrifft, so hat der jetzige Verkehrsminister den Ehrendoktorhut einer Universität erhalten, eine Auszeichnung, auf die Sie, Herr Dr. Mittelmann, wohl noch sehr lange werden warten müssen. (Heiterkeit.)

Es ist manchmal recht gut, wenn der Minister kein Fachmann ist.

Es war von Dr. Mittelmann also müßig, die Parallele zu ziehen zwischen Dr. Krohne und dem jetzigen Minister, dessen erfolgreiche Tätigkeit wir übersehen können. (Abg. Dr. Breitscheid (S.): Ein schöner Nekrolog.) Wir sind garnicht bestrebt, noch lange von dieser Stelle aus zu regieren. Wir möchten recht bald hier so stattliche Persönlichkeiten sehen, wie Sie, Herr Dr. Breitscheid. (Heiterkeit.)

Abg. Geschke (S.) nennt den Minister den Subventionsminister, von dem die kapitalistischen Unternehmungen sagen konnten: „In seinen Augen hat er so was Gutes, wenn man von ihm was haben will, er tut es." (Heiterkeit.)

Abg. Mollath (W. Ver.) begrüßt die Besprechung der Reichsbahngesellschaft mit einem interfraktionellen Ausschuß. Das private Transportgewerbe darf nicht durch die Konkurrenz der staatlich unterstützten Gesellschaften erdrückt werden.

Abg Dauer (Bayr. Vp.) fordert einen Ausbau der bayerischen Bahnlinien und wendet sich gegen die Reichsbeteiligung an Kraftverkehrsgesellschaften.

Abg. Dietrich-Franken (Nat. Soz.) meint, als die 750 000 deutschen Eisenbahner der Fuchtel der Franzosen ausgeliefert wurden, hätten die Gewerkschaften nicht einen Finger gerührt. Als aber Rathenau erschossen worden sei, hätten sie wegen dieses einen toten Juden den Generalstreik proklamiert. (Lebhafte Entrüstungskundgebungen. Rufe: Unverschämter Flegel! — Präsident Loebe ruft den Redner zweimal zur Ordnung.)

Abg. Dr Mittelmann (Dv.) erwidert dem Abgeordneten Dr. Quaatz, er habe bei seinen Aeußerungen gegen den Reichsverkehrsminister nur für seine Person gesprochen. Er habe auch nicht den von ihm geschätzten Dr. Koch persönlich treffen wollen, sondern nur seine Tätigkeit als Verkehrsminister. Sehr interessant war mir, so führt der Redner fort, die Bemerkung des Abgeordneten Dr. Quaatz, daß es weniger auf die Schulbildung ankomme als auf die Schule des Lebens. Ich habe dazu aus vollem Herzen Bravo und Sehr richtig gerufen, denn das ist auch mein Standpunkt. Herr Dr. Quaatz hat aber diesen Standpunkt nicht immer eingenommen. (Sehr wahr! links.) Ich erinnere daran,

wie er und die Deutschnationalen über den „Sattlergesellen" Ebert und über den „Schlosser" Severing hergefallen sind.

(Lebhafte Zustimmung links.) So weit gehe ich allerdings nicht, daß ich fachmännische Qualitäten für überflüssig oder gar schädlich bei einem Minister halte, so hat auch Herr Dr. Quaatz nichts gedacht, als er Mitglied unserer Fraktion war. Das hat er erst bei den Deutschnationalen gelernt. (Heiterkeit.)

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärt, er wolle auf diesen Streit um seine Person nicht eingehen. (Zuruf des Abg. Dr. Breitscheid.) Es wirkt eigenartig, wenn ein sozialdemokratischer Doktor sich in den Chorus mischt, der über den Arbeiter als Minister sich lustig macht. (Lebhafte Zustimmung.) Die sozialdemokratische Presse hat in dieser Beziehung auch manches getan, dessen sie sich später schämen wird. Der Minister erklärt dann, die Beteiligungen des Reiches an Kraftverkehrsgesellschaften seien vor seiner Amtsübernahme beschlossen worden.

Um 17.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr vertagt.

Südtirol und der Vatikan.

Scharfe faschistische Angriffe gegen Kardinal Gasparri.

▼ **Rom**, 8. März. Die in Cremona erscheinende Zeitung „Il Regime Fascista" richtet scharfe Angriffe gegen den Kardinal Gasparri und das offizielle Organ des Vatikans, „Osservatore Romano", dem vorgeworfen wird, daß er sich bisher jeder Stellungnahme zum italienisch-österreichischen Zwischenfall enthalten und bisher noch nicht erklärt habe, daß die Berliner „Germania" nicht im Namen des Vatikans, sondern im eigenen Namen das Südtiroler Problem behandelt habe. Gasparri dürfe das Schweigen des „Osservatore Romano" nicht länger dulden. „Wir wollen wissen", so schreibt das Blatt, „ob nach der Ansicht des Vatikanorgans der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel die Wahrheit gesagt oder gelogen hat." Das Schweigen des offiziellen Organs des Vatikans, so fährt das Blatt weiter fort, sei unvereinbar mit den obersten Interessen des italienischen Volkes. Gewisse Kundgebungen Gasparris, die Erklärungen Seipels, deren Duldung durch Dr. Stresemann und Dr. Benesch ließen den Gedanken an das Bestehen einer katholischen Freimaurerei (!) aufkommen, die sich gegen den Faschismus richte.

Der spanische Flottenbesuch in Hongkong.

△ **London**, 8. März. Nach Meldungen aus Tokio wird dem bevorstehenden Besuch der vereinigten japanischen Flotte in Hongkong große Bedeutung beigemessen. Die Zeitungen sprechen die Hoffnung aus, daß der Besuch nicht nur zu einer Stärkung der Freundschaft zwischen den Flotten Englands und Japans, sondern auch zu einer Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses in absehbarer Zeit führen werde. Die Zeitung „Kohumin Shimbun" ist der Auffassung, daß die Flottenbasis in Singapore für die japanische Politik nicht länger ein hemmendes Moment gegenüber Großbritannien darstelle. Die Flottenbasis könne im Gegenteil im Ernstfalle sowohl der englischen wie der japanischen Flotte in ihrem Bemühen um Erhaltung des Friedens im Osten sehr gute Dienste leisten. Reuter fügt hinzu, daß die Beendigung des englisch-japanischen Bündnisses in der japanischen Oeffentlichkeit zwar allgemein bedauert werde, daß es aber zweifelhaft sei, ob die von der Zeitung vertretene Ansicht von weiteren Volkskreisen geteilt werde.

Deutsches Reich.

Reichswehrminister Gröner beim Reichspräsidenten.

:!: **Berlin**, 8. März. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichswehrminister Gröner zum Vortrag.

Steuerliche Begünstigung von Auslandsanleihen.

× **Berlin**, 8. März. In der heutigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages wurden die vom Reichsfinanzminister vorgelegten Anträge auf steuerliche Begünstigung von Auslandsanleihen der Stadt Nürnberg, der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, des Deutschen Kalisyndikats A. G. Mansfeld, der Gewerkschaft Carolus Magnus, der Gelsenkirchener Bergwerks A. G., von C. U. Vogel, Draht- und Kabelwerken entsprechend dem Votum des Unterausschusses genehmigt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Ausschreitungen in Lemberg.

× **Warschau**, 8. März. In Lemberg kam es auch gestern trotz der zahlreichen Verhaftungen wieder zu Kundgebungen der extrem-nationalistischen Ruhestörer. Insgesamt wurden bisher bei den Ausschreitungen fünf Gaststätten demoliert und einige hundert Scheiben von jüdischen Geschäftslokalen eingeschlagen. Der Stadthauptmann wandte sich an die Rektoren der Hochschulen mit der Bitte, die Studenten von weiteren Kundgebungen zurückzuhalten. Wie das Pilsudski-Blatt „Gros Prawdy" erfährt, ist es möglich, daß im Falle der Wiederholung der Straßenkundgebungen der Belagerungszustand über die Stadt verhängt wird.

Vorläufig keine Aenderung des Wahlrechts in England.

+ **London**, 8. März. Im englischen Oberhaus fand gestern eine Debatte über eine mögliche Aenderung des Wahlrechts statt. Von liberaler Seite wurde darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige System dazu führe, daß mindestens die Hälfte aller Parlamentarier nur eine Minderheit der Stimmen in ihrem Wahlkreis vertrete. Die Regierung erklärte, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Wahlrechts für die nächsten Wahlen nicht in Frage komme. Eine Kommission habe sich eingehend mit der ganzen Frage beschäftigt und sei zu dem Entschluß gekommen, daß eine Aenderung unzweckmäßig und unerwünscht sei.

Nicaragua gibt nach. — Das Wahlgesetz vom Senat angenommen.

◇ **Newyork**, 9. März. Der Senat von Nicaragua hat die Wahlvorlage in der von Amerika verlangten Form angenommen. Die Vorlage ist nunmehr dem Parlament zugegangen, wo für die Annahme große Schwierigkeiten erwartet werden.

Vermischte Nachrichten.

Schwere Dampfkesselexplosion.

× **Bielitz**, 8. März. In einer hiesigen Spiritusfabrik explodierte beim Spiritusbrennen ein Dampfkessel. Durch die Explosion wurden 5 Arbeiter schwer verbrannt, während drei leichtere Verletzungen erlitten.

Begnadigung zum Tode Verurteilter.

÷ **München**, 8. März. Der Ministerrat wandelte die vom Schwurgericht gegen den Franz Rutzmoser wegen Ermordung des Gütlers Mittermaier in Operding ausgesprochene Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren um. Der in gleicher Sache verurteilte Dienstknecht Johann Baptist Witt und der Bauer Mittermaier, der Sohn des Ermordeten, wurden zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Große Unterschlagungen bei der Saarbrücker französischen Bergwerksdirektion.

Saarbrücken, 8. März. Bei der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist man großen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Ein französischer Angestellter, der auch die Buchhaltung unter sich hatte, hat Geldbeträge, die er auf das Bankkonto der Bergverwaltung einzahlen sollte, für sich verwendet, die Zinsen aber regelmäßig abgezahlt. Welche Beträge veruntreut worden sind, ist nicht genau festzustellen, man spricht von 320000 Franken. Als unterschlagen ist bisher ein Betrag von 90 000 Franken festgestellt. Bereits am Donnerstag soll die Verhaftung des Täters erfolgt und die Sache dem Gericht übergeben worden sein.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 9. März 1928.

z. **Zwei Arbeitsjubilare.** Gottfried Fischer und Rudolf Jost, beide Steinstraße wohnhaft, können auf eine 30-jährige Tätigkeit bei der Firma Franz Beckmann und Co. zurückblicken. Die Jubilare wurden von ihren Prinzipalen durch die Ueberreichung schöner und wertvoller Geschenke geehrt.

z. **Noch glimpflich abgelaufen.** Gestern mittag fuhr ein Radfahrer, der vom Reutor kam, beim Einbiegen in die Kreuzstraße mit einem Auto zusammen. Er wurde vom Rade geworfen und gegen den Sockel des Kreuzes geschleudert, kam aber glücklicherweise ohne nennenswerte Verletzungen davon. Das Fahrrad wurde vollständig zertrümmert.

z. **Ein 120 Gramm schweres Hühnerei.** Gestern wurde von einer weißen amerikanischen Leghornhenne der Geflügelfarm des Herrn Wilhelm Hulvershorn ein Ei in dem stattlichen Gewicht von 120 Gramm gelegt. Der bisherige Bocholter Rekord von 112 Gramm ist damit ganz beträchtlich überboten worden. Auch das sonstige Legeergebnis auf der rationell betriebenen Hulvershornschen Farm ist recht erfreulich, wenn es auch nicht jeden Tag ein solches Riesenei gibt. Hoffentlich findet dieses Beispiel bald Nachahmung.

n. **Förderung der Geflügelzucht durch den Geflügelzuchtverein für Bocholt und Umgegend. — Die Schulkinder der letzten Jahrgänge sollen einen Satz Bruteier erhalten.** Die Förderung der Geflügelzucht hat sich der Geflügelzüchterverein für Bocholt und Umgegend stets angelegen sein lassen und zur Erreichung seines Zieles kein Opfer gescheut. In der letzten Mitglieder-Versammlung ist die Frage erörtert worden, ob es vielleicht zweckmäßig und der Sache dienlich sein möchte, zu versuchen, schon bei der Schuljugend das Interesse für Hühnerzucht und -Haltung zu wecken. Die Mitglieder erklärten sich zu Opfern bereit und beauftragten den Vorstand, sich mit dem Lehrpersonal ins Benehmen zu setzen. Die Sache ist so gedacht, den interessierten Kindern der letzten Jahrgänge einen Satz Bruteier zur Verfügung zu stellen und in einem Vortrage alles wissenswerte über die Zucht usw. klar zu machen. Das Bruteergebnis soll dann im Herbst öffentlich zur Schau gestellt werden. — Hoffentlich hat unsere Stadtverwaltung von der Tatsache Notiz genommen, daß die Regierung der Landwirtschaft reichliche Mittel zur Hebung der Geflügelzucht zur Verfügung gestellt hat. Wenn auch die Bocholter Züchter als Landwirte im eigentlichen Sinne nicht angesehen werden können, so dienen sie doch mit ihren Bestrebungen der Landwirtschaft und dürften bei der Verteilung der Beihilfen nicht übersehen werden können. Aber der Weg vom äußersten Osten nach dem äußersten Westen ist ein sehr weiter.

n. **III. Konzert des „Sängerbundes" aus Anlaß des 100. Todestages von Franz Schubert** (1797—1828) am Sonntag, den 18. März 1928, abends 7,30 Uhr (pünktlich) im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins. Im ersten Teil bringt das Orchester den zweiten Satz aus der C-dur-Symphonie „Andante con moto" von Schubert. Es folgt der Männerchor „Die Allmacht" mit Sopran-Solo, Orchester mit Harfe und Orgel von Schubert — Liszt. Hierauf bringt der Frauenchor drei Lieder mit Klavierbegleitung a) „Des Baches Wiegenlied", b) „Der Jäger" und c) „Mein" mit Sopran-Solo (Frl. Innschaft) von Schubert — Obmr. Den ersten Teil beschließt dann der Männerchor mit Sopran, Orgel und Klavier mit a) „Nacht und Träume" von Schubert, b) „Romanze aus Rosamunde", c) „Der Tod u. das Mädchen" von Schubert — Moldenhauer. Die Besprechung des zweiten Teiles erfolgt in einer der nächsten Nummern. Für heute sei noch besonders darauf hingewiesen, die Karten nach Möglichkeit im Vorverkauf entnehmen zu wollen, damit das Konzert pünktlich 7,30 Uhr beginnen kann.

z. **Landfrauentag für den Kreis Borken.** Der kath. Deutsche Frauenbund, Abteilung Land, veranstaltet am Montag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr im Gesellenhaus in Borken einen Landfrauentag für den Kreis Borken. Herr Dr Borbolt, Meckenbeck und Fräulein Dr Kramer, Münster werden das Thema behandeln „Die Mission der Landfrau für die wirtschaftliche und kulturelle Ertüchtigung des Landes". Anschließend ist Besprechung über die Weltarbeit, Vorträge und praktische Kurse in den einzelnen Orten des Kreises. Alle katholischen Frauen und Jungfrauen, besonders auch aus dem westlichen Teil des Kreises Borken, sind herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen, da die zur Sprache kommenden Fragen allgemeines Interesse verdienen.

n. **Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Bocholt und kons. Arbeitervereine. Ueber das Thema „Wie kommen die Arbeitnehmer zur Mitbestimmung und Mitbesitz in der Wirtschaft"** sprach Herr Geschäftsführer Ebbing am Mittwoch abend im Unterrichts-Kursus. Der Redner führte aus, daß weite Arbeitnehmerschichten in den letzten Jahren der falschen Auffassung verfallen seien, alles Heil vom Staate zu erwarten. Bei einer solchen Einstellung müsse der Wille der Selbsthilfe absterben. Was wir Arbeitnehmer zunächst vom Staate und von der Gesetzgebung verlangen können und müssen, ist, daß uns die Bahn für den Aufstieg freigemacht, uns die gleichen Rechte, Freiheiten und Aufstiegmöglichkeiten gegeben werden, wie den Angehörigen anderer Stände. Wenn wir eine berufsfreudige Arbeiterschaft haben wollen, dann müssen wir die Arbeitnehmerschaft zu gleichberechtigten, aber auch zu gleichverantwortlichen Mitlestern und Mitbesitzern der Wirtschaft machen. Eine wichtige Frage wäre: Wie kommen wir zum Mitbesitz in der Wirtschaft? — Hier läge das tiefste Problem der sozialen Frage. Ein Weg, um in den Mitbesitz der Wirtschaft zu kommen, so betonte der Redner, sei der Weg der Selbsthilfe. Der Arbeiterstand vereinige in sich eine erhebliche Macht, die aber nur zur Geltung komme, wenn eine Zusammenfassung der einzelnen Kräfte erfolge. Diese Zusammenfassung und Kraftentfaltung muß besonders auf dem Gebiete der Konsumtion und Produktion einsetzen. Der Zusammenschluß der Arbeiter in Konsumgenossenschaften wäre kein Unrecht an anderen, sondern ein Akt berechtigter Selbsthilfe. Man halte der Arbeiterschaft oft entgegen, daß sie durch Gründung von Konsumvereinen mit dazu beitrage, daß wertvolle selbständige Existenzen vernichtet würden. Mit den sogenannten selbständigen Existenzen hätte es vielfach seine eigene Bewandtnis. Oft halten diese selbständigen Existenzen sich nicht auf Grund besonderer Kenntnis und Vorbildung, sondern auf Kosten der breiten Massen. Besonders trifft das auf dem Gebiete des Zwischenhandels zu. Das dicke Ende tragen die Konsumenten. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Konsumgenossenschaftsbewegung, die die beste Form der Warenvermittlung darstellt u. überflüssigen Zwischenhandel ausschaltet, eine volkswirtschaftlich gesunde Bewegung. Vielfach wird den Genossenschaftlern entgegengehalten, daß der Konsumverein den Mitgliedern keine besonderen Vorteile bietet. Hierzu sei zu bemerken, daß auf Grund einer Ermittlung, angestellt vom Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. Köln, festgestellt wurde, daß zwischen Privathandel und Genossenschaften ein Preisunterschied von 10,7 Prozent zugunsten der Genossenschaften vorhanden sei. Ein kleines Beispiel für Mitbestimmung und Mitbesitz liefere die hier in Bocholt im vergangenen Jahre errichtete Metzgerei. Der Redner gab über die so günstige Entwicklung dieses Geschäftes einen kleinen Ueberblick. Darnach seien im Monat Januar und Februar dieses Jahres an Schweinen geschlachtet 278 Stück, an Großvieh 22 und Kälber 9 Stück; 2282 Pfd. frisches Fleisch mußten noch anderweitig bezogen werden. An Gefrierfleisch wären 142 Viertel in den beiden Monaten umgesetzt. Die Ausführungen des Redners wurden dann zur Debatte gestellt. In der Aussprache kam der einmütige Wille zum Ausdruck, mehr noch als bisher der Konsumbewegung Aufmerksamkeit zu schenken und sie noch mehr zu unterstützen.

a. **Mittelstandskredite der Landesbank.** Die Landesbank hat den Sparkassen abermals einen Betrag von 1½ Mill Mark zur Weitergabe als Personalkredite an den Mittelstand zu einem Vorzugszinssatz zur Verfügung gestellt.

a. **Keine Beseitigung der Aemter in Rheinland und Westfalen.** In letzter Zeit ist verschiedentlich das Gerücht verbreitet worden, daß bei der Staatsregierung die Absicht besteht, die Aemter (früher Bürgermeisterämter) in Rheinland und Westfalen mit der Zeit zu beseitigen. Um den Gerüchten dieser Art ein für alle Mal ein Ende zu machen, hat sich der preußische Landgemeindetag West an den Herrn preußischen Minister des Innern gewandt, der darauf die nachstehende Antwort erteilt hat: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 22 ds. Mts., teile ich ergebenst mit, daß das Gerücht, im Staatsministerium bestehe die Absicht, die Aemter in den Provinzen Rheinland und Westfalen in absehbarer Zeit zu beseitigen, jeder Grundlage entbehrt; es ist mir auch unbegreiflich, wie ein solches Gerücht entstanden sein kann. Dem Staatsministerium liegt es selbstverständlich völlig fern, die Beseitigung einer Verfassung, der das kommunale Leben der rheinischen und westfälischen Gemeinden nicht zum wenigsten seine blühende Entwicklung verdankt, ins Auge zu fassen. Ich ermächtige Sie, diese Antwort auf Ihre Frage in jeder Ihnen geeignet erscheinenden Form öffentlich bekannt zu machen. Mit vorzüglicher Hochachtung Grelzcinski."

Aus dem Gerichtssaal.

Hauptverhandlungstermin vor dem Preuß. Amtsrichter am gestrigen Donnerstag.

Bestrafte Kampfhähne. Nach vorausgegangenem Wortwechsel wurde ein betrunkener Dachdecker, der auf dem Heimweg begriffen war, von einem Händler mit einem Spazierstock derart über den Kopf geschlagen, daß er zusammenbrach. Ein anderer schlug ihn mit der Faust ins Gesicht. Die Ehefrauen der beiden standen und traten den Mann. Die beiden Ehepaare wollen in einer Wirtschaft von dem Geschlagenen belästigt und angegriffen worden sein. Da sie sich aber nicht mehr in Notwehr befanden, wurden sämtliche Beteiligten mit Geldstrafen von 50,— bezw. 30.— Reichsmark bestraft.

Der fahrlässige Kutscher. Im November wurde ein Holländer am Westend an der Ecke Schwanenstraße von einem Bierwagen angefahren und sein Fahrrad erheblich beschädigt. Er fuhr vorschriftsmäßig auf der rechten Straßenseite in Richtung Werth. Der Bierwagen kam im Trab von Werth und bog plötzlich, ohne Richtungszeichen zu geben, in scharfer Kurve in die Schwanenstraße ein. Hierbei wurde der Holländer vom Rade geschleudert. Die Schuld an dem Zusammenstoß traf allein den Wagenlenker. Wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde er mit 100,— Reichsmark bestraft.

Vorspiegelung falscher Tatsachen. Ein Sattler aus Wesel betrieb hier eine Sattlerei und Polsterei. Er kam zu einem Kollegen und entlieh Arbeitsmaterial unter Vorspiegelung der falschen Tatsache, er hätte Ware unterwegs und würde nach deren Eingang das entliehene Material wieder erstatten. Wie sich herausstellte, waren diese Angaben unwahr. Er hatte diese Angaben nur gemacht um die Waren zu erschwindeln. Kurz darauf verschwand er von hier. Wegen Betrugs erhielt er eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen, deren Strafvollstreckung ausgesetzt wurde unter der Bedingung, daß er die geliehenen Waren binnen 6 Monaten bezahlt.

Hohe Strafen wegen Schmuggels. Auf der Rhede-Chaussee unweit des Gutes Tenking wurden 2 Radfahrer, bekannte Schmuggler, von Zollbeamten angehalten. Sie führten Schmuggelware unter den Kleidern versteckt bei sich. Bei näherer Untersuchung wurden vorgefunden bei dem einen 3,5 Kg. Kaffee und 1 Kg. Kakao und bei dem anderen 1,2 Kg. Tabak und ½ Kg. Kaffee. Letzterer erhielt eine Geldstrafe von 1095,60 Reichsmark oder 60 Tage Gefängnis, während bei dem anderen wegen seiner wiederholten Rückfälligkeit die Geldstrafe von 184,80 Reichsmark in eine Gefängnisstrafe von 37 Tagen umgewandelt wurde. Die beschlagnahmten Waren, die unverzollt aus Holland eingeführt worden waren, wurden zugunsten des Reiches eingezogen.

Immer wieder Schmuggel. Anfangs 1924 schmuggelte ein auswärtiger Handlungsgehilfe aus Holland 5 Kg. Tabak, 100 Zigaretten, 0,5 Kg. Kaffee. Zu dieser Zeit war die Einfuhr von Tabak noch verboten. Wegen verbotener Einfuhr von Tabak und Zollhinterziehung bei Kaffee erhielt er eine Geldstrafe von 75,40 Reichsmark unter gleichzeitiger Einziehung der Waren.

Der nicht erschienene Angeklagte. Ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter, der sich wegen gemeinschaftlichen Schmuggelns zu verantworten hatte, fehlte gestern trotz ordnungsmäßiger Ladung unentschuldigt. Es wurde daher Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Er muß ins Arbeitshaus. Ein arbeitsloser Fabrikarbeiter aus Braunschweig bettelte in Dingden von Haus zu Haus. Um das Mitleid der Leute zu erwecken, schützte er Krankheit vor und gab an, er sei auf dem Wege zum Krankenhaus in Wesel. Er benahm sich, als wenn er kaum sprechen könne. Seit längerer Zeit zieht er arbeits- und mittellos umher und fristet sein Dasein nur vom Betteln. Die gegen ihn verhängte Haftstrafe beträgt 4 Wochen, auch kommt er nach verbüßter Strafe ins Arbeitshaus. — Drei weitere Bettler, die in Rhede Dingden und Bocholt festgenommen wurden, erhielten wegen Bettelns bezw. Landstreichens je eine Haftstrafe von 2 Wochen.

Privatklagesachen. In einer Privatklagesache einigten sich die Parteien dahin, daß sämtliche beleidigenden Aeußerungen, die zwischen den Parteien bisher gefallen sind mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen werden. Die Kosten trägt jede Partei zur Hälfte. — In einer weiteren Privatklagesache war der Gütevers. erfolglos. Im nächsten Termine soll in die Beweisaufnahme eingetreten werden.

* * *

r. **Anholt, 8. März. Der neue Pfarrer der katholischen Kirchengemeinde Anholt.** Der hochwürdigste Herr Bischof von Münster hat den Herr Pfarrer Josef Rampelmann zu Werth zum Pfarrer der katholischen Kirchengemeinde Anholt ernannt. Der neue Herr Pfarrer von Anholt ist geboren zu Wadersloh am 5. März 1875 und zum Priester geweiht am 1. Juni 1901. Bald darauf wurde er angestellt als Kaplan zu Raesfeld, wo er bis zum Jahre 1908 wirkte. Darauf war er tätig als Kaplan in Weseke bis 1913 u. als Kaplan in Gescher bis zu seiner Berufung als Pfarrer von Werth am 3. Mai 1918. An allen diesen Orten hat er als eifriger Priester segensreich gewirkt und war überall sehr beliebt, vor allem als Pfarrer von Werth, was sich besonders bei seinem 25 jährigen Priesterjubiläum im Jahre 1926 zeigte. An seinem Geburtstage am 5. März ds. Js. ernannte ihn der hochw. Herr Bischof zum Pfarrer von Anholt, als Nachfolger des am 31 Dezember vorigen Jahres verstorbenen unvergeßlichen Pfarrers Fortkamp. Möge der neue Pfarrer zum Wohle Anholts und der ihm anvertrauten Seelen recht lange und segensreich wirken.

l. **Anholt, 8. März. Heinrich Peters letzte Fahrt.** Unter den Klängen der Kriegervereinskapelle und unter starker Beteiligung der gesamten Bürgerschaft Anholts wurde hier am Mittwoch wieder einer der letzten Anholter Veteranen des Feldzuges von 1870/71 zu Grabe getragen, Heinrich Peters, der Senior des fürstlichen Forstpersonals. Eine stattliche Anzahl Kriegervereinsmitglieder folgte seinem Sarge. Auch die städtischen Behörden, sowie Vertreter des fürstlichen Hauses, dem der Veteran über 50 Jahre lang als Waldwärter gedient hatte, gaben ihm das letzte Geleit. Eine dreimalige Ehrensalve und ein Abschiedslied der Kapelle klangen ihm nach ins Grab. Heinrich Peters hatte am 5. vor. Monats sein 84. Lebensjahr vollendet. Er war Teilnehmer des Feldzuges 1870/71, dessen hauptsächlichste Gefechte er mitgemacht hat. Die Schlacht bei Gravelotte sah ihn in den Reihen der Kämpfenden und auch die Belagerung von Metz hat er vom Anfang bis zum Schluß mitgemacht. Gern hörte man ihm zu, wenn er seine Kriegserlebnisse erzählte. Aus dem Feldzug brachte er einen unheilbaren Nervenschock heim, der ihn bis ins Alter hinein nicht verließ. Trotz dieses Leidens versah er jedoch seinen Dienst als fürstlicher Forstwächter mit einer beispiellosen Gewissenhaftigkeit. In „seinem Wald" wie er ihn nannte, fühlte er sich als König und Herrscher in seinem Reich und niemand durfte ihm in seinen Rechten zu nahe treten. Heinrich Peters, unter dem Namen „Henn-Ohmen" allgemein bekannt und geachtet, erfreute sich bei alt und jung größter Beliebtheit. R. i. p.

n. **Dingden, 9. März. Unterrichtsabend der Zentrumspartei.** Es wird noch einmal erinnert an den dritten Unterrichtsabend, der heute abend um 7 Uhr in der Wirtschaft Kösters stattfindet. Die beiden vorigen waren gut besucht. Hoffentlich ist der Besuch am heutigen Freitag noch besser. Die Reichs- und Landtagswahlen stehen bevor. Sie werden diesmal stattfinden unter dem empfindlichen Drucke einer fast allgemeinen wirtschaftlichen Krisis. Von allen Seiten melden sich Parteineubildungen an. Bauernstand, Mittelstand usw. wollen ihre eigene Partei haben. Was ist zu diesen Bestrebungen zu sagen? Auf diese und andere brennende Fragen will der Unterrichtsabend eine Antwort geben. Nicht bloß die Vertrauensleute, sondern jeder Zentrumsmann ist herzlich willkommen.

r. **Borken, 8 März. Viehmarkt.** Am Dienstag, den 13. März ist in Borken Viehmarkt. An diesem Tage verkehren auf der Kraftpostlinie Wesel — Borken folgende außerordentliche Kraftposten: Wesel ab 6 Uhr, Borken an 7.25 Uhr: Borken ab 12 Uhr, Wesel an 13.30 Uhr. Außerdem noch Bedarf: Borken ab 11 Uhr, Raesfeld an 11,20 Uhr, Raesfeld ab 11,40 Uhr, Borken an 12 Uhr.

* **Dorsten, 8. März. Das erste Opfer der Lippe. — Ein Schüler ertrunken.** Ihr erstes Opfer forderte die Lippe in diesem Jahre am Dienstag. Mehrere Kinder, darunter der 9jährige Schüler Willi Hemmert, spielten an der Holzbrücke in der Gemeinde Hervest, welche zur Schleusenanlage führt. Hierbei stieß sich der Schüler Hemmert an einem Brücken-Eisen herunter und fiel von diesem in das Wasser. Bis an die Brust im Wasser stehend, versuchte er einen Stock aus dem Wasser zu holen. Doch entglitt er aus und wurde von der an dieser Stelle sehr starken Strömung fortgerissen. Der Schüler Ernst Grendstramm, als er den Vorfall bemerkte, sofort in das Wasser konnte aber Hemmert wegen der allzu großen Strömung nicht erreichen. Nachdem auch noch von anwesenden Leuten Versuche unternommen waren, den Ertrinkenden zu retten, sank dieser plötzlich unter und ist nicht mehr zum Vorschein gekommen. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

* **Herxel-Holsterhausen, 7. März. Auf der Straße überfallen.** Auf dem Heimwege wurde der Bergmann O. aus Holsterhausen am Sonntag abend auf der Halterner Straße von einem bisher unbekannten Täter überfallen und schwer körperlich mißhandelt, so daß der Ueberfallene in das Krankenhaus geschafft werden mußte. U. a. trug der Verletzte einen Bruch des Fußes davon.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg, 8. März. Kindlicher Leichtsinn.** Vor einigen Tagen spielten zwei Rektoratsschüler hier auf der Fußballwiese. Der Schüler A. nahm eine Hundepistole, legte im Scherz auf den Schüler H. an und drückte los. Der Pfropfen der Pistole traf den anderen ins Bein und setzte sich im Fleisch fest. Es entstand eine Entzündung, so daß der Schüler H. bis heute noch das Bett hüten muß. Der Vorfall möge eine Mahnung sein, mit allen Schußwaffen, auch mit Hundepistolen vorsichtig zu sein.

—t. **Isselburg, 9. März. Städt. freiwillige Feuerwehr.** Am heutigen Freitag abend 6 Uhr findet eine Uebung der städtischen freiwilligen Feuerwehr statt. Daran anschließend ist im Lokale Porten die angesetzte Generalversammlung.

— **Moers, 6. März. Ein römischer Friedhof entdeckt.** Im sogenannten Bovenschenfeld wurden in der Kiesgrube des Landwirts Neumeyer größere Urnenfunde gemacht die zweifellos aus der Römerzeit stammen. Schon vor einiger Zeit hat man an dieser Stelle verschiedene Gräber aufgedeckt, so daß daraus geschlossen wird, daß in dieser Gegend einmal ein römischer Friedhof gelegen hat. In den Urnen befanden sich die Reste von verbrannten Leichen. Die gefundenen Scherben wurden dem Grafschafter Heimatmuseum überwiesen.



Pfirsichzarten Teint gibt NIVEA-CREME

beseitigt sofort Sprödigkeit und Rötе.

Schachtеln zu 20, 30, 60 und 120 Pf.
Tuben zu 60 und 100 Pf

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Bogkämpfe in Bocholt.** Zu den bereits angekündigten Meisterschaftskämpfen kann jetzt die genaue Kampffolge der Kämpfe angegeben werden. Nach den am vergangenen Sonntag ausgetragenen Zwischenrunden, die in Menzgode stattfanden, treten sich hier am nächsten Sonntag folgende Gegner in der Endrunde um die Kreismeisterschaft gegenüber. 1. Fliegengewicht: Bendix, Ruhrgaumeister gegen Nabelfeld, Niederrheinmeister. 2. Bantamgewicht: Lieder, Westfälischer Gaumeister gegen Neumann, Niederrheinmeister. 3. Federgewicht: Peplies, Ruhrgaumeister gegen Neuhausmann, Niederrheinmstr. 4. Leichtgewicht: Nikolaus, Ruhrgaumeister gegen Stegmann, Westfälischer Gaumeister. 5. Weltergewicht: Balschun, Ruhrgaumstr. gegen Hüser, Niederrheinmstr. 6. Mittelgewicht: Siepmann, Ruhrgaumstr. gegen Storm, Niederrheinmeister. 7. Halbschwergewicht: Horstköfer, Westfäl. Gaumeister gegen Schurp, Ruhrgaumeister. 8. Schwergewicht: Swart, Niederrheinmeister gegen Böke, Ruhrgaumeister. 9. Einlagekampf: Bösing, Bocholt gegen Lehmann, Wesel. Nach dem vorliegenden Programm sind sehr interessante Kämpfe zu erwarten; ein Besuch ist daher allen Borsportfreunden zu empfehlen. J. S.

:: **F. C. Olympia, Jugend-Abteilung.** Am kommenden Sonntag hat die zweite Jugend-Mannschaft die erste Jugend-Mannschaft des Weseler Spielvereins auf eigenem Platze zum Gegner. Die zweite Jugend-Mannschaft muß sich sehr tüchtig anstrengen, um wenigstens ein günstiges Resultat zu erzielen. Folgende Jugendliche sind dazu beauftragt: Hildebrand, Leppers 1, Buß, Wollenhaupt, Sanders 1, Jormann, Röing, Hessing, Oberkönig, Tollkamp, Leipholdt. Ersatz: Seppewiß, Giesen. Anstoß 11 Uhr. — Gleich nach dem ersten Spiel findet ein Trainingsspiel folgender Spieler (Schüler und Jugendliche) statt: Heumer, Küpper, Franke, Overbeck, Schlatt, Thesing 2, Bartels, Brosius, Fr. Pöpping, Wessels, Weikamp. — Giesen, Kleinworholt, Weikamp, Sanders 2 Sent, Siemkes, Fr. Kampshoff, Exlage, Verheyen, Leppers 2, Kuhlmann. — Am Sonntag morgen um 10 Uhr ist Trainingslauf zum diesjährigen Frühjahrswaldlauf und Gau-Waldlauf. Diejenigen Leute, die dafür in Frage kommen, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

:: **Sportklub 1926.** Am Sonntag tragen die zweite und dritte Mannschaft untereinander das Diplomspiel aus. Anstoß 15 Uhr. — Die erste Jugend spielt morgens 11 Uhr in Rhede gegen Spiel und Sport erste Jugend. Treffpunkt 10 Uhr an der evgl. Kirche. — Die zweite Jugend hat das schwerste Spiel auszutragen und zwar gegen die erste Jugend des B. F. C. 1900. Spielbeginn 11 Uhr. Austragungsort: Sportplatz Sachsenstraße.

Aus der Deutschen Turnerschaft

Achtung! Reisepaß mitbringen!

Für die Teilnehmer an den Turnfahrten beim 14. Deutschen Turnfest.

Für die Teilnehmer beim 14. Deutschen Turnfest, die vor oder nach dem Turnfest beabsichtigen, Turnfahrten in das besetzte Gebiet zu unternehmen, ist es notwendig, einen Personal-Ausweis, am besten jedoch einen deutschen Reisepaß mitzuführen, der bei der heimatlichen Orts-Polizei-Behörde gegen eine geringe Gebühr ausgestellt wird. Es ist ratsam, für die Fahrten in das besetzte Gebiet sich mit einem Reisepaß zu versehen. Waffen dürfen keinesfalls in das besetzte Gebiet geführt werden, auch nicht Sportwaffen irgend welcher Art. Für Köln selbst ist ein Polizei-Ausweis oder Reisepaß natürlich nicht notwendig, mit Ausnahme von den Teilnehmern, die aus dem Süden des Reiches kommend, ihre Reise durch einen der auf das rechtsrheinische Gebiet übergreifenden Brückenköpfe vornehmen müssen.

Geschäftliches.

Erinnerungen an den Musikwinter.

Die große Fülle der Schlager, die der Musikwinter mit seinen künstlerischen Darbietungen hervorgebracht hat, werden in jedem Musikliebhaber den Wunsch erwecken, den Genuß guter Musik auch in seinem Heim in ungestörter Muße zu erneuern. Die Karl Lindström A.-G. in Berlin hat diesem Wunsche in weitestem Maße Rechnung getragen und nach dem neuesten elektrischen Verfahren aufgenommene Musikplatten unter den drei weltbekannten Qualitätsmarken Odeon, Parlophon und Columbia herausgebracht, die stets das Aktuellste der Musikliteratur wiedergeben. Die führenden deutschen und internationalen Orchester und Tanzkapellen, die bekanntesten Gesangeskräfte des In- und Auslandes hören Sie stets von Platten der Lindström-Fabrikate Odeon, Parlophon und Columbia, die in allen besseren Geschäften der Phono-Branche erhältlich sind!

Verantwortlich für den Inhalt: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overdiek, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Zacher und Dr. Häfner, Berlin SW, 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

Gute **Möbel**

von der einfachsten bis zur allerfeinsten Ausführung kaufen Sie in günstigster Preislage im

Möbelhaus A. Bloker & H. C. Terstegge

Münsterstr. 35 (Flora).

Reelle fachmännische Bedienung.

Zwanglose Besichtigung unseres großen Lagers erwünscht.

Lfd. 30—40 Musterzimmer am Lager.

Freibank

Freitag nachm. 2 Uhr ist **Rindfleisch** zu 50 Pfg. das Pfd. zu haben.

Achtung Gartenbesitzer!

Am 27. März verteile ich wieder in Bocholt eine Sammelladung fein gemahlenen Düngekalk. Erbitte Aufträge von 1 Ztr. an Mk. 2.90 einschl. Sack frei Haus.

Richard Mylord, Düngekalk-Großhandlg. Halberstadt, Sedanstr. 64/65. Fernruf 1578.

Husten Sie?

dann schnell 1 Flasche Reichels Hustentropfen, mehrmals täglich 15—20 Tropfen zu nehmen. Rinder die Hälfte. In Apoth. und Drogerien erhältlich, aber echt nur mit „Marke Medico" und der Firma OTTO REICHEL, Berlin

Bestimmt zu haben in der Drog. Bruns, Nordstraße 22.

Architekt sucht für die Einrichtung einer antiken Diele einige alte

Gemälde

sowie einige alte Holz- oder Steinfiguren aus Privathand zu kaufen. Angeb. C1947 an die Gesch. ds. Bl.

Der Erfolg meiner Neueröffnung
in Bocholt, Ravardistraße 40

veranlaßt mich, meine Bemühungen fortzusetzen, dem verehrten Publikum von **Bocholt und Umgegend** mit nur **erstklassiger Ware** zu **billigen Preisen** bei

spielend leichten Zahlungsbedingungen

zu dienen. Einem größeren Einkaufskonzern angeschlossen, wird es mir immer möglich sein, sowohl in

Herren-, wie in Damen- und Kinder-Konfektion

das Allerneueste zu bieten und jeden Käufer höflich und fachkundig bei streng diskreter Bedienung zufrieden zu stellen.

Es werden ferner auch alle Textilwaren, insbesondere Herren- u. Damenwäsche, sowie Schuhwaren geführt und bitte ich um **Besichtigung** der **täglich eintreffenden Neuheiten.**

Ravardistr. 40 Bocholt. **D. Hirsch.** **Ravardistr. 40 Bocholt.**

Ein Kaufzwang besteht nicht. Ein Kaufzwang besteht nicht.

STATT KARTEN

Die VERLOBUNG meiner jüngsten Tochter **Mia** mit dem Fabrikanten Herrn **Fritz Bierbaum** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Prof. Dr. iur. Franz Rensing
Fürstlich Salm-Salm'scher Generaldirektor.

Anholt, den 9. März 1928.

Meine Verlobung mit Fräulein **Mia Rensing,** Tochter des Fürstlich Salm-Salm'schen Generaldirektors Herrn Prof Dr. Rensing und seiner verstorbenen Frau Gemahlin Hedwig geb. Brinkman, gebe ich hiermit bekannt.

Fritz Bierbaum.

Borken, den 9. März 1928.

Drogerie

A. Steiner & Grote
Nordstr. 9
empfehlen
feine Südweine, Samos, Tarragona, Malaga usw.
in Flaschen und ab Faß.
Kinder-Nähr- und Stärkungsmittel.
Kolonialwaren
in anerkannt feiner Qualität.

Hausputz!
Verwenden Sie zum Reinigen der Möbel nur
FURNIO
das seit Jahren erprobte Poliermittel. Einmaliges Abreiben genügt, um den Möbeln einen hervorragenden Glanz und ein schönes Aussehen zu geben
FURNIO wird von vielen erfahrenen Hausfrauen seit Jahren verwandt.
FURNIO ist stets frisch zu haben in der
Drogerie Bruns, Nordstr. 22. Fernruf 2113.

Brauchst Du
Strümpfe
geh' zu
Bruno Hirsch
Am Markt. Ecke Osterstr.
❖ ❖ ❖
Große Auswahl in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen.

---

3. Orden.
Frau Velting
ist gestorben.

Weiße
Taube
mit schwarzen Flügeln (Fußring Nr. 972)
entflogen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Ludgerusstr. 1.

Kinderloses Ehepaar sucht
3 – 4 Zimmer-Wohnung.
Miete kann für längere Zeit vorausbezahlt werden.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Arbeiter-Wohnung
mit Anbau u. Stallung zum 1. Aug. beziehbar, zu verkaufen.
Wilhelm Eiting,
Bocholt.
Hochfeld 53

Ein oder zwei möbl.
Zimmer
mögl. mit voller Pension zum 1. April ges.
Offerten unt. B7826 an die Gesch. ds. Bl.

Irrigatoren
in verschiedenen Ausführungen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22

Tüchtiger
Friseur-Gehilfe
sofort oder 1. April gesucht.
Josef Fincke, Friseur.
Weseke, Kr. Borken.

Täglicher Eingang von
Frühjahrs-Neuheiten
in
Herren- u. Jünglings-Kleidung
Erstklassige Fabrikate
Sehenswerte Ausstellung.
Wilh. Hövener, Bocholt
Eintrachtstraße 4.

!! Perser-Teppiche !!
3 große, 10 Brücken, wegen auf. Anschaffung von Bargeld **billig zu verkaufen.**
Off. unt. **V 2685** an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Geschäfts-Verlegung

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich ab heute meine **Sattlerei u. Polsterei nebst Lederwaren- und Sportartikel-Geschäft** im Hause

Ravardistr. 41

gegenüber dem Hotel Lindenhof befindet.
Hochachtungsvoll
Peter Pfertz
Sattler- und Polsterermeister.
Telefon 2684.

Zu Ostern ein kath.
Bäcker- und Konditorlehrling
gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl. v. bei Jos. Heinrichs, Buchdruckerei Rhede.

Sohn ordentlicher kath. Eltern zu Ostern als
Klempner- und Installations-Lehrling
gesucht
Wo? sagt Josef Heinrichs, Rhede und die Gesch. dieses Bl.

---

2 Polsterer- und Sattlerlehrlinge
gesucht.
Freesmann, Dingden.

Suche für sofort oder zum 1. April ein
Mädchen
nicht unt. 18 Jahren, welches in allen Hausarbeiten erfahren ist, und zu Hause schlafen kann.
Frau Meyermann,
Hemdenerweg 22.

Auf einem Gute in der Gemeinde Crommert wird zu Ostern ein ordentlicher
Junge
gesucht.
Wo? sagt Josef Heinrichs, Rhede.

Suche zu Ostern für mein Spezialgeschäft ein
Lehrmädchen
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Per 1. April ein
Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht.
Frau Wilh. Hövener, Eintrachtstr. 4.

Zum 1. April 14–16jähriges kath.
Mädchen
gegen guten Lohn gesucht.
Heinrich Bohland,
Spork 71.

Technikum Lemgo
Ingenieurschule - Staatskommissare
Maschinenbau Eisenhochbau
Elektrotechnik Betriebst. Hochbau
Tiefbau, Eisenbetonbau Architektur
Programme durch das Sekretariat

Wer morgens müde und abgespannt ist, keine Energie zur Arbeit aufbringen kann, mache eine erfolgreiche Haustur mit dem echten
Doppelherz
dem Arzt. empfohlen. Krafttrank bei Nervenschwäche, Blutarmut, Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden, Verdauungsschwäche, Schlaflosigkeit usw. Die Wirkung überrascht geradezu. Originalflaschen zu M. 3.90 und 5.– RM. Echt durch:
Drogerie Bruns, Nordstr. 22.

Zu sofort ein
Mädchen
das selbständig kochen kann und alle Hausarbeiten versteht, für besseren Haushalt gesucht.
Zweitmädchen vorhanden.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Haarwässer
gibt es viele, doch nur ein **Dr. Dralles Birkenwasser**
Flasche 2,00
Birkenwasser braucht man mit Erfolg bei Haarausfall.
Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8

HONIG
garant. rein Bienen-, Blüten-, Schleuder-Honig fst. Qual. 10 Pfd.-Eimer M. 10,70 5 Pfd.-Eimer Mk. 6,20, Nachn. 30 ₰ mehr. Lehrer a. D. Bundsack, Hude 60 i. O'ld. In ein. Monat 960 Nachbestell. Rücknahme bei Nichtgefallen.

Capitol-Theater

Eine ganz besondere Darbietung und Ueberraschung bringen wir Ihnen
Freitag, Samstag, Sonntag, Montag
Harry Piel
Der volksbeliebte und tollkühne Abenteurer in seinem hochsensationellen Filmwerk



Achtung Harry - - - Augen auf!
oder 6 Wochen unter Apachen.
Ein echter Piel-Film voll tollkühner Sensationen in 8 Akten.
Zu dieser Höchstleistung bringen wir Ihnen



Die Dollarprinzessin und ihre Freier.
Das Schicksal eines Telefonmädels in 6 Akten.
Reizend in Erscheinung und Spiel ist
Liane Haid
Ausserdem das tolle Lustspiel
Für dich
2 Akte
Fahrräder werden aufbewahrt.

Frühjahrsvollversammlung der Handwerkskammer zu Münster.

Der Tätigkeitsbericht. / Eine gut besuchte Versammlung. / Wichtige Entschließungen.

♀ **Münster**, 8. März.

In dem großen Sitzungssaale der Handwerkskammer an der Aegidiistraße tagte am Donnerstag die Frühjahrsvollversammlung der Kammer, die infolge der wichtigen und umfangreichen Tagesordnung sehr gut besucht war.

Der Präsident der Handwerkskammer, Herr Maurermeister Bielefeld (Recklinghausen), begrüßte zunächst die Erschienenen und hieß das neue Mitglied des Vorstandes, Herrn Schornsteinfegermeister Bogerheiden-Porken besonders willkommen, ebenso den Ehrenpräsidenten Kehl-Coesfeld. Besonders wandte sich der Präsident bei seiner Begrüßung an den Vertreter der Regierung, den Staatskommissar Regierungsrat Dr. Koop, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Regierungsvertreter und dem Vorstand der Handwerkskammer auf ebenso gedeihlicher Basis vonstatten gehe, wie das früher der Fall gewesen sei. Zwischen Handwerkskammer und Regierung habe bis jetzt Gott sei Dank immer ein gutes Einvernehmen bestanden, und es läge kein Grund vor, in Zukunft daran zu zweifeln. Redner streifte dann noch kurz die Mittelstandskundgebung vom 26. Januar auf dem Schützenhof.

Staatskommissar Regierungsrat Dr. Koop dankt dem Präsidenten für die freundlichen Worte der Begrüßung, und er wolle tun, was in seinen Kräften stehe, um die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten und zu fördern.

Dann gibt der Präsident dem Syndikus der Handwerkskammer, Herrn Rechtsanwalt Schürmann, das Wort zum

Geschäftsbericht des Jahres 1927.

Trotz der nur kurzen Berichtszeit von knapp vier Monaten war die Kammer an einer sehr großen Zahl von Versammlungen beteiligt. Nicht weniger als 80 Veranstaltungen waren in dieser Zeit wahrzunehmen. Die wichtigsten davon waren die am 28. November 1927 stattgefundene Herbstvollversammlung der Handwerkskammer und die Tagung des gesamten gewerblichen Mittelstandes des Münsterlandes am 26. Februar 1928 im Schützenhofsaal zu Münster.

Ueber die

Organisation des Handwerks

ist folgendes zu berichten:

Die am 31. März 1927 erfolgten Neuwahlen zur Handwerkskammer bedingten auch eine teilweise Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse der Kammer auf der Vollversammlung am 28. November 1927. Zum Präsidenten der Handwerkskammer wurde an Stelle des zurückgetretenen Herrn Bäckermeisters Kehl (Coesfeld) der Maurermeister Bielefeld (Recklinghausen) gewählt.

Die Organisation des Handwerks in Innungen hat in der Berichtszeit nur geringe Aenderungen erfahren. Errichtet wurden folgende fünf Zwangsinnungen:

1. Zwangsinnung für das Klempner- und Installateurhandwerk für die Stadt Borken und die Amtsbezirke Marbeck-Raesfeld, Gemen-Weseke, Ramsdorf-Heiden, Groß- und Klein-Reken mit dem Sitz in Borken.

2. Zwangsinnung für das Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Fliesenleger- und Stukkateurhandwerk für die Aemter Ibbenbüren, Brochterbeck, Riesenbeck, Bevergern, Recke, Mettingen, Hopsten, Schale, Westerkappeln, Lotte (mit Ausnahme der Zimmerer der Aemter Westerkappeln und Lott) mit dem Sitz in Ibbenbüren.

3. Zwangsinnung für das Tischler- und Zimmererhandwerk für die Aemter Westerkappeln und Lotte mit dem Sitz in Westerkappeln.

4. Zwangsinnung für das Bader-, Friseur- und Perückenmacherhandwerk für die Stadt Gronau und das Amt Epe mit dem Sitz in Gronau.

5. Zwangsinnung für das Schreinerhandwerk für den Amtsbezirk Westerholt mit dem Sitz in Westerholt.

Die folgenden beiden freien Innungen wurden in Zwangsinnungen umgewandelt: 1. Fleischerinnung für den Gemeindebezirk Horst-Emscher. 2. Die Bäcker- und Konditoreninnung für den Gemeindebezirk Horst-Emscher.

Aufgelöst wurde die Holzbearbeitungsinnung in Lüdinghausen, nachdem deren Mitglieder in den letzten Jahren fast alle infolge Gründung von Fachzwangsinnungen ausgeschieden waren. Es bestehen nach dem Stande vom 1. März 1928 im Kammerbezirk folgende Handwerkerorganisationen: 26 Innungsausschüsse, 327 Zwangsinnungen, 28 freie Fachinnungen, 23 allgemeine Innungen, 13 Fachverbände, 26 Gewerbevereine, Mittelstandsvereinigungen und ähnliche Organisationen.

Eine sehr umfassende Tätigkeit entfaltete die Kammer auf dem Gebiete der

Wirtschafts- und Gewerbepolitik.

Zur Aenderung des Patentgesetzes wurden die Handwerkskammern zur Aeußerung aufgefordert.

Die Eingemeindungspläne im Vest Recklinghausen nahmen die Kammer zeitweise in ganz besonderer Weise in Anspruch.

In der Frage der Gasfernversorgung fanden auf Veranlassung des Landeshauptmanns der Provinz zwischen diesem und den amtlichen Berufsvertretungen verschiedene Besprechungen statt.

Zur Einführung von Normen im Kleinwohnungsbau hatte die Handwerkskammer sich bereits im Sommer auf Veranlassung des Herrn Regierungspräsidenten geäußert und das Für und Wider eingehend erläutert.

Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages, der die mit Hauszinssteuerdarlehen errichteten Neubauten dem Mieterschutz unterstellen will, veranlaßte die Kammer zu einer Eingabe an die maßgebenden Stellen, weil eine etwaige Zustimmung des Plenums zu diesem Beschlusse nicht nur für das Wohnungswesen, sondern auch für die gesamte Bauwirtschaft die schwerwiegendsten Folgen zeitigen muß.

Wegen des Niederganges des Holzschuhmacherhandwerks hatte die Kammer eine Eingabe an die Spitzenvertretung des Handwerks gemacht.

Außerdem hat sich die Kammer um billige Kredite für das Holzschuhmacherhandwerk bemüht. Es gelang in der Berichtszeit die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und den interessierten Holzschuhmacherinnungen nennenswerte Kredite zu vermitteln. Das Holzschuhmacherhandwerk einzelner Bezirke ist hierdurch in die Lage versetzt, durch genossenschaftlichen Bezug des Holzes bedeutend günstiger einzukaufen, weil bar bezahlt werden kann.

Zwecks Zuweisung eines eigenen Kontingents Gefrierfleisch an die Fleischergenossenschaften des Bezirks hat die Kammer verschiedentlich Schritte unternommen.

Die mit dem 1. Oktober erhöhten Fleischbeschaugebühren veranlaßten die Kammer, Erhebungen bei den Fleischerinnungen zu veranstalten. Die Erhöhung der Gebühren hat in Fleischerkreisen lebhafte Entrüstung hervorgerufen, weil die bei der Fleischbeschau zu leistende Arbeit in gar keinem Verhältnis zu den neuen Gebühren steht. Da die sehr hohen Abgaben für das Fleischerhandwerk heute an sich schon kaum tragbar sind, wurde die Erhöhung der Gebühren seitens der Innungen energisch und einmütig abgelehnt. Die Kammer wurde deshalb nochmals bei den maßgebenden Behörden vorstellig. Ob unseren Schritten ein Erfolg beschieden sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Des weiteren hatte das Fleischerhandwerk lebhaft Klage zu führen über die gewaltige Zunahme von Hausschlachtungen, von denen der überwiegende Teil pfundweise verkauft wird.

Wegen der Erteilung von Kaffeekonzessionen an Warenhäuser hat die Kammer sich in der Berichtszeit nochmals an den Herrn Regierungspräsidenten gewandt, um wenigstens für die Zukunft eine Einschränkung der Konzessionen zu erreichen.

Die Handwerkskammer führt schon seit längerer Zeit einen Kampf gegen die Schädigung der Berufsphotographen im hiesigen Bezirk durch Schwarzarbeit. Der Regierungspräsident hat der Kammer folgenden Bescheid auf ihre Eingabe zukommen lassen: „Ich habe die Polizeiverwaltungen angewiesen, soweit sich die von Ihnen mir übermittelten Klagen über Schädigung des Photographenhandwerks in den einzelnen Bezirken als begründet erweisen, dieser unbefugten Ausübung des Photographenhandwerks entgegenzutreten und gegenüber Anträgen nicht berufsmäßiger Photographen auf Erteilung von Stadthausierscheinen — soweit sie erforderlich sind — Zurückhaltung zu üben."

In der Angelegenheit der Westfalenfleiß G. m. b. H. waren die gesamten Unterlagen dem Oberpräsidenten zur Bearbeitung eingereicht und ebenso wurde das gesamte Material dem Landtagsabgeordneten Teitscheid zugestellt. Herr Teitscheid äußerte sich in der Angelegenheit folgendermaßen: „In der Westfalenfleißangelegenheit teile ich Ihnen mit, daß nach Angabe des Herrn Oberpräsidenten Gronowski nur acht gesunde Leute beschäftigt sind. Im übrigen kommen nur Kriegsblinde und Kriegskrüppel in Frage. Unter diesen Umständen wird es schwierig sein, in der Sache etwas zu unternehmen. Ich werde aber dennoch versuchen, in nächster Zeit nach Münster zu kommen, um den Westfalenfleiß zu besuchen und zu überlegen, nach welcher Richtung hin für das Handwerk etwas getan werden kann. Ich werde Ihnen vorher selbstverständlich Nachricht geben."

Aus dem Schreinerhandwerk des Vestes kamen verschiedene Beschwerden über die Einstellung sogenannter Sterbe-Unterstützungskassen zum Gewerbe, mit dem Verträge auf Sachleistungen verbunden sind. Die Kammer wandte sich, weil bei den Lieferungen durchweg nur ein und dieselbe Firma berücksichtigt wird, an die Eos-Gesellschaft, Düsseldorf, mit dem Erfolg, daß ein Vertreter mit der Kammer die Angelegenheit besprach und sich bereit erklärte, den Wünschen des Handwerks nachzukommen und eine Aenderung herbeizuführen.

Durch Verhandlungen der Spitzenverbände der Landwirtschaft und des Handwerks wurde die Errichtung von Schiedsstellen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Landwirtschaft und Handwerk für zweckmäßig gehalten. Mit der Landwirtschaftskammer wurde die Vereinbarung getroffen, daß hier beim Güteamt der Handwerkskammer eine solche Schiedsstelle eingerichtet wird.

Gewaltige Arbeit wurde auf dem Gebiete des

handwerklichen Ausbildungs- und Prüfungswesens

geleistet.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen der Spitzenvertragsformularen wurden Fragen eingefügt über die Anrechnung des Berufsausbildungsgesetz führten bisher nicht zu einer endgültigen Fassung.

Das Friseurhandwerk forderte die Aufhebung der Beschränkung der Lehrlingszahl, da sich verschiedentlich ein Mangel an Gehilfen bemerkbar macht. Die Kammer gab diesen Wunsch an den Preußischen Kammertag weiter und schlug vor, die Regelung den einzelnen Handwerkskammern im Verein mit den in Frage kommenden Innungen zu übertragen. Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe hat zur Lehrlingshaltung im Friseurgewerbe am 9. Januar einen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet, in welchem eine weitere Lockerung der Lehrlingshaltung zunächst als nicht zweckmäßig bezeichnet wird.

Im Schuhmacherhandwerk hat die äußerst ungünstige Wirtschaftslage dazu geführt, daß bei der Kammer der Antrag gestellt wurde, die Lehrlingsausbildung einzuschränken, ja in den nächsten Jahren überhaupt keine Lehrlinge auszubilden. Da letzteres aber nicht möglich ist, und dies sich auch in späteren Jahren zum Schaden des Schuhmacherhandwerks auswirken würde, stimmte der Vorstand in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage des Schuhmacherhandwerks einer gewissen Einschränkung in der Lehrlingshaltung zu und beschloß, daß im Schuhmacherhandwerk nur ein Lehrling in jedem Betriebe gehalten werden und ein zweiter erst eingestellt werden darf, wenn der erste Lehrling das zweite Lehrjahr beendet hat oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Dieser Beschluß des Vorstandes ist vom Minister für Handel und Gewerbe vorbehaltlich der Zustimmung der Vollversammlung genehmigt worden.

Aus verschiedenen Handwerken lagen Anträge auf Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre vor. Wie bisher mußte die Kammer auch diese Anträge ablehnen, da in den betreffenden Handwerkszweigen die Ausbildung in drei bezw. 3½ Jahren völlig ausreichend ist.

Die im vorigen Tätigkeitsbericht erwähnte Festsetzung der Entschädigung für die Lehrmädchen hatte nicht die Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe gefunden. Infolgedessen stand diese auf der Herbstvollversammlung nochmals zur Beschlußfassung. Da für die weiblichen Handwerkszweige 90 Prozent der an Lehrlinge bisher gezahlten Entschädigung nicht tragbar ist, wurde vorgeschlagen, die Entschädigung den Sätzen der Nachbarkammern anzupassen. Die so festgelegten Vergütungen können auch für das weibliche Handwerk als tragbar bezeichnet werden.

Die Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe wurde in der Herbstvollversammlung der Kammer angenommen.

Die Richtlinien für die Ausbildung der Holzschuhmacherlehrlinge hatte die Kammer nicht anerkannt. Der Innungsverband hatte sich darüber beim Regierungspräsidenten beschwert, der in seinem Antwortschreiben unserer Stellungnahme beitritt und es für notwendig hält, daß die Schrift im Einvernehmen mit der Handwerkskammer umgearbeitet und dabei klargestellt wird, daß es sich nicht um amtliche, d. h. von einer Behörde innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassene Richtlinien handelt.

Der Ausbau der Berufsschulen hat in der Berichtszeit weitere Fortschritte gemacht. Im Kreise Steinfurt wurden Vorschläge über die Errichtung von Fachklassen gemacht, welche die Zustimmung der Handwerkskammer fanden.

Von einer Reihe von Fachverbänden waren Anträge auf Aenderung der Gesellenprüfungsordnung gestellt, denen in fast allen Fällen stattgegeben wurde und vom Regierungspräsidenten genehmigt wurden.

Vor den Prüfungsausschüssen der Handwerkskammer in Münster unterzogen sich 117 Lehrmädchen und Lehrlinge der Gesellenprüfung. Von diesen bestanden 115 die Prüfung. Vorbereitungskurse auf den theoretischen Teil der Meisterprüfung veranstaltete die Handwerkskammer in der Berichtszeit 7 mit insgesamt 223 Teinehmern. Diese Kurse fanden in folgenden Orten des Kammerbezirks statt: Stromberg, Greven, Münster (8), Lüdinghausen und Borghorst.

Um die fachliche Weiterbildung von Gesellen und Meistern zu fördern, unterstützte die Kammer einmal durch finanzielle Beihilfen den Besuch von Fachschulen und weiter veranlaßte sie die Abhaltung von Fachkursen. Von den von der Provinzialverwaltung bereitgestellten Mitteln zur Förderung des Nachwuchses im gewerblichen Mittelstand erhielt die Kammer für das laufende Rechnungsjahr 6000 Mark.

Von einer Reihe von Fachverbänden wurden ebenfalls Abänderungsanträge der Meisterprüfungsordnung gestellt. Genehmigt wurden von der Vollversammlung die Abänderungen für die Meisterprüfungsordnungen für Polsterer und Dekorateure, Dachdecker, Kupferschmiede und Schuhmacher; jedoch liegt für diese Abänderungsvorschläge noch nicht die ministerielle Genehmigung vor. Der Meisterprüfung unterzogen sich in der Berichtszeit 266 Prüflinge. 47 bestanden die Prüfung nicht.

Der Präsident dankt dem Herrn Rechtsanwalt für seine tatkräftige Arbeit und hebt hervor, daß gerade die Anträge der münsterischen Handwerkskammer überall Annahme gefunden hätten, weil sie so genau und klar durchgearbeitet gewesen wären. Sodann streift er die Fragen über das Handwerksgewerbegericht und fügt hinzu, daß die diesbezüglichen Kurse leider nur sehr wenig besucht worden wären. Zur Aufklärung über das viel- und heißumstrittene Kapitel Steuer hatte die Westf. Handwerkskammer jetzt ein kleines Werk herausgegeben, das hauptsächlich zur Erleichterung der Steuerzahlung auf Grund und Besitz dienen sollte. Bisher hätte mancher Gewerbetreibender auf seinen Grund oder Besitz unnötig viel Steuer bezahlt, das Büchlein würde jeden über seine genauen Pflichten orientieren.

Dann kommt der Redner auf die Westag (Westfälische Gewerbe-A.-G.) zu sprechen. Die Westag ist ein Institut, das die Gewerbetreibenden mit Materialien beliefert, ist ein Institut der Handwerker. Nun fände die Westag leider nicht den gewünschten Zuspruch der Handwerker, wie man das doch wohl eigentlich erwarten sollte, und so sieht sich die Westag allmählich genötigt, sich auf eine andere Art aufrechtzuerhalten, die den Handwerkern nicht gerade zu großem Nutzen gereicht. Der Präsident bittet die Mitglieder, doch die Westag zu unterstützen dadurch, daß sie wieder genügend Materialien an die Handwerker absetzen kann, zu beiderseitigem Nutz und Frommen.

Bezugnehmend auf die Mittelstandskundgebung führte der Präsident aus, daß man in keiner Weise hierfür den Satz anführen könne: Dem einen zuliebe, dem anderen zur Not, das wäre bestimmt nicht die Absicht der Urheber der Kundgebung gewesen. Es wäre gewiß nicht leicht, eine Kundgebung mit 8—10 000 Teilnehmern aufzuziehen, und wenn dann Schwätzern zugejubelt würde, die überall anders hingehörten, aber nicht an eine Stätte ernster Lebensfragen, so sei das sehr zu bedauern.

Der Präsident betont ausdrücklich, daß er jeden Vorwurf, wahlagitatorisch zu wirken, aufs schärfste zurückweise. Man sei politisch in dieser Hinsicht vollkommen neutral.

Dann hebt der Redner hervor, daß auch in diesem Jahre die Landesbank erfreulicher Weise bereit sei, Kredite zu gewähren und zu verlängern. Doch käme er noch darauf zurück im Verlaufe der Tagesordnung.

Das Thema Dortmund-Münster wird dann gestreift. Dortmund will alles schlucken, sogar die Handwerkskammer. Aber, sagte der Präsident mit Recht, wenn Dortmund jetzt die Handwerkskammer bekäme, müßte in Münster dringlich bei der Größe des Gebietes eine Filiale geschaffen werden, und das käme doch alles auf eins heraus und das wäre alles andere als „Reform". „Finger weg, oder beißen", sagte der Präsident. Verschiedene Mitglieder sprachen sich auch scharf dagegen aus. Gegenteilige Meinungen hörte man nicht. Gelsenkirchen wird von der Kammer aufgenommen, aber ohne daraus irgendwelche Vorteile zu ziehen.

Rechtsanwalt Schürmann ergreift bei diesem Thema das Wort und geht noch einmal auf die Bemühungen der Kammer in Osnabrück ein, den Kreis Tecklenburg einzustreichen. Grund dazu seien die Stimmen einiger Innungsvertreter der in der Nähe von Osnabrück gelegenen Ortschaften gewesen, nach Osnabrück zu rücken, das sei aber kein Grund, sofort den ganzen Kreis einzustreichen. Eine Versammlung des Kreises Tecklenburg habe sich auch für den augenblicklichen Zustand ausgesprochen. Die Wünsche seien nicht mehr zutreffend. Ein Vertreter dieser Gegend bekräftigt die Worte des Rechtsanwalts. Damit wäre für Münster die Sach erledigt, da eine juristische Frage, ob der Kreis Tecklenburg zu Münster oder Osnabrück gehöre, wie man sie drüben aufgeworfen hat, gar nicht bestehe. Tecklenburg gehöre nach wie vor zum Bezirk der Handwerkskammer in Münster.

Rechtsanwalt Schürmann nimmt dann noch zum Punkte Ausbildungswesen das Wort. In einer gewissen Fabrik sei es vorgekommen, daß Lehrlinge eine Gesellenprüfung gemacht hätten und ihnen diese urkundlich bescheinigt wäre, ohne das irgend ein Vermerk auf der Urkunde stände, daß die Lehrzeit in der Fabrik durchgemacht sei. Das könne man verlangen, denn sonst könne so ein Facharbeiter den wirklichen Handwerksgesellen vortäuschen, der er doch gar nicht sei und später sogar berechtigt sein, die Handwerksmeisterprüfung zu machen. Ein Zusatz sei das mindeste, was man verlangen könne, sonst müsse man durch die Regierung solcherlei Sachen untersagen.

An zweiter Stelle der Tagesordnung stand der Antrag des Innungsausschusses Borken betreffs

Errichtung eines Gesellenprüfungsausschusses für Schneiderinnen für den Prüfungsbezirk Borken.

Der Vertreter des Antrages sagt hierzu, daß die jungen Mädchen aus dem Bezirk Borken, die das Schneidern erlernten, nach Münster fahren müßten, um die Gesellenprüfung zu machen. Aber bei der Scheu der Mädchen, in Münster die Gesellenprüfung zu machen, verzichteten sie lieber ganz auf die Prüfung. Das sei zu verstehen. Es handelt sich dabei um etwa 18 bis 20 Prüflinge im Bezirke Borken. Der Antrag wird genehmigt, so daß nun die jungen Mädchen in Borken Geselle der Schneiderei werden können.

Punkt 3 der Tagesordnung sah eine Beschlußfassung über Einschränkung der

Lehrlingshaltung im Schuhmachergewerbe

vor. Jeder Schuhmachermeister dürfe nur einen Lehrling halten, nur im besonderen Falle mit Erlaubnis der Handwerkskammer zwei. Denn wenn man Lehrlinge hält, muß man einigermaßen Gewißheit haben, daß sie auch später ihr Brot verdienen können im Schuhmachergewerbe. Dabei kam auch die Tatsache wieder zu Worte, daß mancher Meister Lehrlinge hölt, der gar nicht die Berechtigung dazu hat. Da der Lehrling meistens keine Ahnung davon hat, entstehen die größten Schwierigkeiten. Es müßten doch Mittel und Wege gefunden werden, um diesem Uebel den Garaus zu machen. Der Antrag findet allseitige Zustimmung.

In Lehrlingsfragen

stand weiter an 4. Stelle der Tagesordnung ein Antrag des Westdeutschen Landfachverbandes im Klempnergewerbe auf Festsetzung einer vierjährigen Lehrzeit. Ein Dringlichkeitsantrag gleicher Art für die Elektroinstallateure wird angenommen. Herr Encke (Münster) führt dann aus, daß die Klempner eigentlich zwei Berufe erlernen müßten: die Klempnerei und das Installationswesen. Wenn ein Geselle mit dreijähriger Lehrzeit in ein Doppelgeschäft käme, wisse er nur halb Bescheid, daher sei ein viertes Jahr notwendig. Angemessene Entschädigung sei natürlich zugesichert. In anderen Gegenden, wie Düsseldorf, Krefeld, sei es bereits eingeführt. Der Antrag wird mit 14 gegen 11 Stimmen und 4 Stimmen des Gesellenausschusses angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Festsetzung des Haushaltsplanes für 1928/29.

Der Präsident hebt hervor, daß man bei einer Einnahme von 266 000 Mk. ein Mehr von 35 000 Mk. gemacht habe als im Vorjahre. Erfreulich sei der Zuschuß der Provinz zur Förderung des Nachwuchses des Mittelstandes; davon sollten 4000 Mk. als Stipendien zum Besuche von Schulen, Ausstellungen usw. verbraucht werden. Die Mitteilungen der Handwerkskammer erfordern für das kommende Jahr den Betrag von 61 000 Mk. gegen 52 000 Mk. im Vorjahre. Der Redner beantragt einen Beitrag von 1 Mk. pro Betrieb pro Jahr zur Schaffung eines Reservefonds für Mitteilungen. Der Antrag wird genehmigt.

Dann wird noch beantragt, daß die Versammlung einen Ausschuß wählen sollte, der die Frage untersucht, ob in den nächsten Etat eine Summe für ausbleibende Mitgliedsbeiträge eingesetzt werden soll, die an bedürftige Innungsausschüsse abgeliefert werden soll.

Der Haushaltsplan wird genehmigt.

Der 6. Punkt der Tagesordnung sieht

Ergänzungswahl zum Vorstande

vor. Herr Kasten (Gladbeck) wird wiedergewählt. Derselbe nimmt die Wahl an, wie er sagt, auf Wunsch seiner Freunde.

Bei der Stellungnahme der Kammer zum Arbeitsschutzgesetz

wies Rechtsanwalt Schürmann auf die Mängel hin, die dem Gesetz anhaften, und betonte besonders die geringe Beachtung der existenznotwendigen Belange des Handwerks.

Den vorletzten und eigentlich letzten Punkt der Tagesordnung,

Die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer Zwangsinnung ung zu einer allgemeinen freien Handwerkerinnung,

erledigt Dr. Kamann durch sein beifällig aufgenommenes Referat. In den Bezirken Osnabrück, Bielefeld und Arnsberg ist die gleichzeitige Mitgliedschaft durch Urteil des Bezirksausschusses gewährleistet. Es ist aber nicht statthaft im Bezirk Münster.

Nach Schluß des offiziellen Programms wurden Wünsche und Anregungen aus der Versammlung laut.

Aus Recklinghausen kommt der Wunsch um Regelung der Entschädigungsfrage in der Lehrzeit der Schneiderinnen.

Aus der Versammlung wird der Besuch der Westag vorgeschlagen, der starken Beifall fand.

Obermeister aus Datteln und Ahaus brachten beide Anträge ein, den nächsten Obermeistertag in ihren Ort zu legen.

Aldermann Encke wandte sich gegen die freien Erwerbsgenossenschaften, z. B. Vereinigte Elektrizitätswerke, die nicht nur Ausstellungshallen hätten, sondern auch große Verkaufsläden, durch die dem gewerblichen Mittelstand die Kunden genommen würden.

Rechtsanwalt Schürmann erhebt schärfsten Protest gegen den grassierenden Behördenhandel, der in Münster unglaubliche Formen angenommen habe.

Der Präsident Bielefeld schloß dann die Versammlung mit dem Dank an alle, die in stundenlangen Beratungen und Besprechungen aktiv sich für das Werk und das Wohl des Handwerks eingesetzt hatten.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung

I.

Die Vollversammlung der Handwerkskammer vom 8. März befaßte sich eingehend mit den Bestrebungen, die darauf hinzielen, eine Zerreißung bezw. andere Organisation des Handwerkskammerbezirks Münster herbeizuführen. Es ist der einmütige Wunsch des durch die Kammer betreuten Gesamthandwerks unseres Bezirks und gleichzeitig im Sinne der angestrebten Verwaltungsreform, daß für den Regierungsbezirk Münster ohne jede Ausnahme nur eine Kammer besteht. Es ist unter allen Umständen notwendig, daß diese Zentrale am Sitze der zuständigen Regierung in Münster ihre Tätigkeit entfaltet. Eine Abtrennung des Kreises Tecklenburg zugunsten der Handwerkskammer Osnabrück ist sowohl vom Kreisinnungsausschuß Ibbenbüren als auch von dem anwesenden Vertreter dieses Bezirks entschieden abgelehnt worden. Die Vollversammlung schließt sich dem Proteste des Gesamthandwerks des Kreises Tecklenburg einstimmig an und betrachtet die Angelegenheit hiermit als erledigt. Ebenso entschieden weist sie die dahingehenden Absichten, Handwerkskammernebenstellen in irgendeinem Teile des Kammerbezirks zu errichten, einstimmig zurück. Sie ist der Auffassung, daß die mannigfachen Aufgaben und Wünsche am besten von einer Stelle für den gesamten Regierungsbezirk vertreten werden können.

Entschließung.

II.

Die heutige Vollversammlung der Handwerkskammer Münster bittet die Provinzialverwaltung darauf hinzuwirken, daß der Betrag, den die westfälischen Sparkassen zur Erhaltung der Liquidität der Landesbank für die Provinz Westfalen in Höhe von 15 Prozent des Einlagebestandes an die Landesbank abzuführen haben, auf vorläufig 5 Prozent herabgesetzt wird.

III.

Unter Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorschläge zur Behebung der Notlage des Handwerks unseres Bezirks

weist Herr Bielefeld darauf hin, daß es zweckmäßig sei, die in der großen Kundgebung erhobenen Forderungen auch hier an hervorragender Stelle zu vertreten und im einzelnen noch zu vertiefen. Er macht aus diesem Grunde nähere Ausführungen zu folgenden dringenden Wünschen des Handwerks:

1. Berücksichtigung wichtiger Forderungen des Handwerks im Notprogramm der Reichsregierung. Erlaß eines Ueberleitungsgesetzes zur Handwerksnovelle. Die Novelle ist jetzt bereits acht Jahre in Vorbereitung, und es besteht die Gefahr, daß die bisher geleisteten Vorarbeiten, die dringend der gesetzlichen Regelung bedürfen, nutzlos gewesen sind.

2. Milderung des Auslegungsgesetzes von 1912. Bessere Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes am Geldmarkt. Es ist zu begrüßen, daß die Landesbank, mit welcher wir wiederholt in diesem Sinne verhandelt haben, dem Mittelstand einen weiteren Kredit von 1½ Millionen zu einem Zinssatze von 7¼ Prozent für den letzten Abnehmer durch die Sparkassen zur Verfügung gestellt hat.

3. Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen im Geiste und nach den Bestimmungen der Reichsverdingungsordnung.

4. Beseitigung der wirtschaftlichen Unternehmungen der öffentlichen Hand, die dem selbständigen Gewerbe Wettbewerb bereiten. Verschärfung des Reichsgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 18. Mai 1909. Infolge Monopolstellung der Elektrizitätswerke wird durch deren Handelsabteilungen insbesondere das Klempner- und Installationsgewerbe geschädigt. Redner verweist auf das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden, wonach es einem Elektrizitätswerk nicht zusteht, die vorhandene Monopolstellung zum Nachteil des Privatgewerbes auszunutzen. (Verstoß gegen die guten Sitten § 1 des Wettbewerbgesetzes.)

5. Beseitigung der unerträglichen Schematisierung, insbesondere auf dem Gebiete der Arbeitszeitregelung und des Arbeitsrechtes. Erhaltung der zweistündigen Sonntagsverkaufszeit auf dem Lande. Ablassen von der Nivellierung der Löhne.

6. Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Hausier- und Straßenhandels. Keine Bevorzugung der Konsumvereine auf steuerlichem Gebiete. Untersagung der wirtschaftlichen Betätigung von Beamten und Beamtenvereinen.

7. Eiserne Sparsamkeit in Reich, Ländern und Gemeinden. Förderung der stärkeren Berücksichtigung der Gemeinden beim Finanzausgleich. Heraufsetzung des Anteils der preußischen Gemeinden von 45 auf 50 Prozent, dafür Senkung der überhöhten Realsteuern.

8. Weitgehendes Entgegenkommen der Finanzbehörden durch Stundung bezw. Niederschlagung von Steuern bei Vorliegen von wirtschaftlichen Notfällen.

9. Rationelle Gestaltung der Verwaltungen auf der Grundlage von gesunden, leistungsfähigen Mittelstädten und Landkreisen.

10. Einschreiten der Regierung gegen die Gefährdung des Gesellenprüfungswesens der Handwerkskammer durch Industrieorganisationen.

11. Fortfall der einseitigen Bevorzugung von Bau- u. Bauproduktiv-Genossenschaften gegenüber dem privaten Baugewerbe bei der Verteilung von Hauszinssteuermitteln.

12. Beibehaltung des bisherigen Gefrierfleischkontingentes. Weitgehendste Einschaltung der Fleischergenossenschaften.

13. Abänderung des § 250 RVO. dahingehend, daß mehrere Innungen eine gemeinsame Innungskrankenkasse errichten können.

14. Produktive Gewerbeförderung.

Zeno-Briefkasten.

⊙ **Weinkiste.** Nach § 459 des Handelsgesetzbuches haftet die Eisenbahn ohne Rücksicht auf die Art der Verpackung nicht in Ansehung der Güter, die vermöge ihrer natürlichen Beschaffenheit der besonderen Gefahr ausgesetzt sind Verlust oder Beschädigung zu erleiden für den Schaden, der aus dieser Gefahr entsteht. Der Standpunkt des Verkehrsamtes ist deshalb gerechtfertigt. Auf Ihre andere Anfrage kommen wir noch zurück.

⊙ **T. Z. 100.** Bei Beurteilung der Frage, ob Sie zur Aufwertung verpflichtet sind kommt es nur darauf an wie der wirtschaftliche Vorgang rechtlich zu werten ist. Danach haben Sie in der Tat ein Darlehen von der Sparkasse erhalten. Daß Sie dieses nicht in die Hand bekamen, sondern die Sparkasse unter Verpfändung der Kriegsanleihe Ihrerseits Mittel gab, mit denen Sie neue Kriegsanleihe für Sie zeichnete, ist ohne Bedeutung. Es liegt eine Darlehnshingabe der Sparkasse vor und Sie sind deshalb zur Aufwertung verpflichtet.

Bei Gicht, Rheuma, | Ischias, Grippe, | Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten

haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt! Togal scheidet die Harnsäure aus! Fragen Sie Ihren Arzt!



Geschäftliche Mitteilung.

Pferderennen in Dortmund.

Der Dortmunder Rennverein eröffnet in diesem Jahre die deutsche Rennsaison mit dem 18. März; nach der deutschen Rennordnung dürfen Galopprennen nicht vor dem vorletzten Sonntage im März stattfinden. Der unbeständige und zeitweise strenge Winter haben nachteilig auf die Vegetation wie auch auf das Training der Pferde eingewirkt, letztere konnten infolge der starken Nachtfröste im Februar nur am Nachmittag gearbeitet werden. Das vor Neujahr stark kompostierte 70 Morgen große Geläuf konnte sich bei den Nachtfrösten und dem Ostwind schlecht begrünen; wir wollen hoffen, daß bis zum 18. März noch Niederschläge und laue Luft den Rasen günstig beeinflussen. Im Monat März dürfen nur Hindernisrennen gelaufen werden, daher stehen auf dem Programm 2 Hürden- und 5 Hindernisrennen, für die 18 000 Mk. Preise und Prämien ausgesetzt sind. Die Eintrittspreise bewegen sich zwischen 1 bis 7 Mk. Die Rennen beginnen um 3 Uhr.

Einzelne
Fracks und Smokings
von Mark 8.— an.

Einzelne
Jacketts und Hosen
von Mark 2,50 an.
Westen
Mark 1,50, 2.—, 2,50

Neue
Loden-Anzüge
von Mark 18,— an.

Neue
Sport-Anzüge
von Mark 19,— an

Windjacken
von Mark 7,50 an.

Breeches-Hosen
in Cord u. Wollstoff
von Mark 4,50 an.

Manchester-Hosen
in lang. u. Breechesform v. Mk 7,50 an

Weite Wege lohnen sich!

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Schul's Partiewarenhaus
Münster i. W.
Rosenstr. 8 Ecke Schlaunstraße
Samstag geschlossen. — Dafür erhält jeder Käufer bei Vorzeigen dieser Annonce 5% Rabatt. d4587

Teppiche
liefert all
ohne Anzahlung
in 12 Monatsraten
Mitteldeutsche Teppichhandelsgesellschaft
Berlin W. 8,
Unter d. Linden 17/18
Verl. Sie bemusterte Offerte unverbindlich

An- u. Verkäufe

3 neue prachtvolle
Pianos
zu günstigen Bedingungen, in nur gute Hände zu verleihen od. zu verk.
Adressen v. Interessenten erbeten unt. Nr. 3176 a. die Ann.-Exp. E. Vendel G.m.b.H., Münster i. W.

Zu verkaufen:
Breadwagen, 10 Personen sehr gut erhalten, Waschmaschine, leichte Osborn, gut erhalten, Weinfaß eichen, gut, ca. 600 Ltr. fassend (als Jauchefaß) 60 Tischböcke, Tisch und Bank, passend für Festlichkeiten. (o1785
B. Uhlenkott, Lüdinghausen i. W.

7jährige
Fuchsstute
sowie elegantes o1776
Reit- und Wagenpferd
in gute Hände abzugeben. Off. unter G 750 an die Dülmener Zeitung, Dülmen i. W.

Spottbillig abzugeb. wegen Platzmangel, aus Privathand: d4579
1 sehr gut erhaltener
Adler-Sportwagen
tadelloser Läufer, auch als Lieferwagen zu verwenden. Anfragen erb. an Postf. 120 in Bocholt.

Borken i. W.
Am Dienstag, den 13. März 1928
Pferde-, Rindvieh- und Schweinemarkt, sowie Krammarkt.
Der Magistrat.

Gummistrümpfe
mit und ohne Naht
Leibbinden
nach Operationen und zur Verbesserung der Figur
erhalten Sie am besten nur bei
A. Fering, Münster
Ludgeristraße 95
Gegr. 1872 Teleph. 335

Wegen Verheiratung meiner jetzigen suche ich zum Eintritt sof. nach Ostern eine tücht. ältere
Verkäuferin,
welche mit Landkundschaft umzugehen versteht. Geboten wird angenehme, selbständige Stellung bei hohem Gehalt und freier Station i. Hause. Gefl. Offert. mit Gehaltsansprüchen u. Zeugnissen sind zu richten an S. Lebenstein, Kaufhaus f. Manufaktur- u. Modewaren, Groß-Reken i. W.



Und nur bei Aluminium-Sachen
da muß man's etwas anders machen.
Bei Aluminium nimmt man das bewährte Putzmittel „Ata" trocken und reibt auch mit einem trockenen weichen Lappen nach. Gerade für Aluminiumsachen eignet sich Ata vorzüglich.
Neu bleibt alles durch — ATA
Preis 20 Pfennig
ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel. Kennen Sie es schon?

Vertreter: Erich Pickhardt, Münster i. W., Jägerstraße 1. Tel. Nr 3329.

Jüngere Verkäuferin
der Lebensmittelbranche, welche gute Kenntnisse besitzt, findet sofort Stellung bei hoh. Gehalt. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften u. Lichtbild sind zu richten unter A P 324 an die Anzeigenverwaltung der Zeno Münster i. W.

Verkäuferin gesucht.
Branchekundige ältere, erfahrene **Verkäuferin** für die Abteilung Kleiderstoffe-Baumwollwaren gesucht. Es wird wert auf gute Verkaufskraft gelegt und die auch evtl. den Chef vertreten kann. Eintritt möglichst sofort, angenehme und dauernde Stellung. o1786
Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften sowie Gehaltsansprüchen erbeten.
Gustav Fehlkamm, Selm-Beifang.

Wirtschafterin.
Gebildetes Fräulein, Anfang 40er Jahre, firm in der feinen, sowie bürgerlichen Küche und in allen Zweigen des Haushaltes perfekt, cp19325
sucht passenden Wirkungskreis
in besserem frauenlosem Haushalt, zum 15 April oder 1. Mai, wo Hausmädchen vorhanden. Hotelbetrieb nicht ausgeschlossen. Off. unter M 853 an die Münsterische Morgenpost, Münster i. Westf.

Offene Stellen

Zum 25. 3. ein saub., selbständiges
Mädchen
für alle Hausarbeit. gesucht.
Offerten unter J B 28 an die Münsterl. Volkszeitung Rheine. o1773

Suche für meinen Geschäftshaushalt (Wirtsch. u. Kolonialwarengeschäft) zum 15. 3. d. J. oder später ein durchaus zuverlässiges u. tücht.
Mädchen
für alle Hausarbeiten.
Frau Cl. Niehaus, Rheine, Wiesenstr. 31.

Zum 1. oder 15. April ein durchaus selbständig., in allen Hausarbeiten erfahrenes o1783
Küchenmädchen
(nicht unter 25 Jahren) zur Führung eines Geschäftshaushaltes von 2 Personen gesucht. Gute Zeugnisse Bedingung.
Lederwarengeschäft
Franz Belzer
Bocholt, Ostermarkt 39.

Suche ein ordentl. kath.
Mädchen
nicht unter 20 Jahren für Küche und Hausarbeit. Antritt 15. März oder 1. April.
Angeb. unt. Nr. 6119 befördert **C. Wüllner, Stadtlohn.** o1771

Zu sofort ein braves kath. sauberes vm8077
Mädchen
für Küche und Hausarb. gesucht.
Restaurant und Café
Elberfeld,
Telgte i. W.

In allen vorkommenden Kontorarbeiten perfekte
Kontoristin
zu sofort oder zum 1. April von Maschinenfabrik des Münsterlandes gesucht. o1774
Handgeschriebene Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter A P 327 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

Zum 1. April ein in Küche und Haushalt erfahrenes älteres
Mädchen
gesucht. o1760
Frau C. Zurhaulen, Rheine,
Heinrichstraße 20.

Suche zum 1. 4. ein tüchtiges kath. d4580
Mädchen
das landwirtschaftliche Arbeiten versteht. Lohn 30 RM. pro Monat.
Frau Landwirt
J. Heimann,
Südkirchen.

Suche sofort oder 1. April sauberes, ehrliches
Mädchen
nicht unter 18 Jahren. Offerten unt. 300 an die Dülmener Ztg., Dülmen

Suche für einen Etagen-Haushalt (2 Erwachsene, 2 Kinder, 6- u. 8jährig) nach Düsseldorf ein sauber, tüchtiges o1782
Alleinmädchen
das in allen Hausarbeiten erfahren ist und kochen kann.
Frau Erich Bach,
Bocholt, Osterstraße 29

Wegen Verheiratung des jetzigen suche zum 1. April zuverlässiges
Mädchen
für Küchen-, Haus- und etwas Gartenarbeit.
Davids, Billerbeck i. W. Bahnhofstraße 12.

Zum 1. April älteres
Zimmermädchen
gegen hohen Lohn gesucht.
Hotel Nienhaus,
Borken i. W. [d4578

Teppiche, Läufer (kein Linoleum), Divan- und Steppdecken in 10 Monatsraten ohne Anzahl. Anz. u. „Teppich" an die Allgem. Zeitung, Coesfeld Schreiben Sie sofort!

Gesucht zum 1. oder 15. April für herrschaftl. Landhaush. kath. zuverl.
Mädchen
für alle Hausarbeit, wie putzen, waschen, bügeln Zeugn. u. Lohnanspr. an **Freifrau von Spies,** Haus Hall b. Rathelm, Kr. Heinsberg (Rhld.)

Auf ein mittelgroßes Gut in d. Nähe Münsters wird zum 1. April oder sofort ein zuverl. ehrl.
kath. Mädchen
(kein Bubikopf) für alle Arbeiten gesucht. Dasselbe muß morgens melken helfen. Fam.-Anschl. gute Behandlung und hoher Lohn wird zugesi. Daselbst wird auch ein
Junge
von 14—16 Jahren für leichte Arbeit gesucht. Off. unter T E 132 vermittelt die Buchhandlung Josef Schaphorn, Münster, Wolbecker Straße 127.

Auf ein mittleres Gut wird zum 1. April oder später junges cp19321
Mädchen
gesucht.
B. Haarmann,
Münster, Uppenberg 77.

Zum 1. 4. suche ich ein älteres kath. solides
Mädchen
welches einen Metzgerhaush. leiten kann Gut. Kochen Bedingung. Daselbst auch eine d4585
Verkäuferin
für bessere Fleischerei u. ein
Lehrling
gesucht. Offerten unter V 2187 an d. Ann.-Exp. E. Vendel G. m. b. H., Münster, Salzstraße 57.

Suche zum 1. April braves zuverläss. kath. Mädchen als [d4588
einfache Jungfer.
Erfahren im Weißnähen Ausbessern, Bügeln und Zimmerarbeiten.
Zeugnisse und Lohnansprüche an
Freifrau von Oer, Haus Egelborg bei Legden, Kreis Ahaus.

Konditor-Lehrling
gesucht, welcher flink ist u. eine gute Auffassungsgabe besitzt. o1772
Offert. unter O P 33 an die Anz.-Verw. d. Zeno, Münster i. Westf.

Schreinergeselle o1780
für sofort gesucht.
Bernh. Mensing,
Ahlen i. Westf.,
Warendorfer Str. 60

Tüchtiger o1777
Rockschneider
für sofort gesucht.
Kalwey, Hausdülmen
bei Dülmen i. W.

Ordentlicher [o1779
Junge
welcher 8 Kühe melken kann und leichte landwirtschaftliche Arbeit verricht., zu sof. gesucht.
Theodor Köster,
Essenden b. Rees

Tüchtiger o1778
Schneidergeselle
für dauernd gesucht.
Cl. Seubert,
Dülmen,
Coesfelder Straße 5.

Tüchtiger, zuverl.
Ackerknecht
zum 1. April oder auch auf sofort gesucht Guter Lohn und gute Behandl.
Rentei verwaltung Hülshoff, [o4584
Rorel bei Münster.

Suche zum 1. oder 15. April einen zuverl. kath.
Knecht
im Alter von 18 Jahren. Köttersohn oder sonstig. aus der Landwirtschaft bevorzugt. Gute Behandl. Familienanschl. d4570
Offerten unter A P 325 an die Anzeigenverwalt. der Zeno, Münster.

Ein tüchtiger o1743
Ackerknecht
für sofort od. zum Frühjahr auf ein hiesiges Gut gesucht. Näh. bei
Josef Heinrichs,
Buchdruckerei,
Rhede, Krs. Borken.



Die Dummheit eines Schülers
ist nicht immer ein Zeichen von wenig Verstand, sondern oftmals nur eine scheinbare und zwar in vielen Fällen **eine Folge von schlechten AUGEN.** Dann sind **AUGENGLÄSER** das Mittel, wodurch Beschwerden der Augen beseitigt werden.
Ruinieren Sie nicht das Fortkommen Ihres Kindes dadurch, daß Sie ein **Vorurteil** gegen Augengläser haben. Sofort ist stets die beste Zeit, um den Fehler feststellen zu lassen **der Fach-Optiker** fertigt genau nach Vorschrift die passende Brille zu angemessenen Preisen an und bietet Ihnen Gewähr für korrekte Ausführung. **Fachmännische Ausführung** in eigener Werkstatt unter persönlicher **Mitarbeit** sichert ihnen d3433
Diplom-Optiker **Jos. Viehoff**
staatl. geprüfter Optikermeister,
Münster i. W., Ludgeristr. 112, gegenüber d. Stadtsparkasse.

2 Schneidergesellen
auf feine Maßarbeit gesucht, auch solche die sich weiter ausbilden wollen [o1791
B. Schlüter, Dülmen
Münsterstraße 30.

Tüchtiger (nm8078
Schneidergeselle
für sofort gesucht.
Herren- und Damenschneider
Aloys Werning,
Rheine, Ludgeristr. 39

Für Hausindustrie
sind Strickmaschinen das beste Erwerbsmittel. Auch auf Teilzahlung. Katalog frei. a3331
B. Hirsch, Würzburg,
Sanderring 6

Suche Reisedamen
B. Holkter, Breslau D

Gesuchte Stellen

Suche für meine Tochter, 15 Jahre alt, (o1784
Lehrstelle
bei tüchtiger
Schneiderin
Off. unter B 200 an die Lüdinghauser Zeitung, Lüdinghausen i. Westf.

Solides, einfach. kath.
Fräulein
32 J., in der bürgerlich Küche und Haus erfahr., sucht Stellung in nur kath. sub., kleinem Haushalt, für bald oder später. Reflf. auf Dauerstellung. Gute Empfehlungen und bestes Zeugnis stehen z. Diensten. Off. unt. M 851 an d. Münsterische Morgenpost in Münster. cp19323

Heiraten

Heiratsgesuch.
Witwer, Mitte 50, kath., 1,75 m groß, gesund, ohne Anh., sucht, da es ihm an Bekanntschaft fehlt, mit Mädchen oder Ww. von 40—48 J. in Verbindung zu treten, zwecks Heirat. Mädchen vom Lande bevorz. Etw. Geld erw. Ang. mit Bild unt. W 68 an die Pavenburg Zeitung, Pavenburg.

Ehen
vermittelt streng vertraulich a3266
Georg Bohlmann,
Oberfeldrentier i. R.
Osnabrück,
Waldhartmannstraße 8

Verschiedene Anzeigen

Fast neue cp19324
Wasseruhr
billig zu verkaufen.
Gefl. Off. mit Preisang. unt. M 854 an d. Münst. Morgenpost, Münster.

Gebrauchtes cp19322
Motorrad
(nicht unt. 4 PS.) gegen Barzahlg. zu kaufen gesucht.
Off. mit Preis und Beschreibung (BS., Baujahr usw.) unt. M 853 an die Münst. Morgenpost, Münster.

Die unverwüstlichen u. dickwandigen
Drainröhren
naturrot, aus gebranntem Schieferton, liefert billig und prompt
Hoffschulte & Co. G. m. b. H.,
Baustoffhandel,
Münster i. W., Katthagen 31.

Dreijährige Kaufm. Privatschule
mit Internat, Bilburg, Bez. Trier.
wegen drohender Ueberfüllung mögen die Interessenten sich baldmöglichst für Ostern einen Platz sichern.
Schulbruder Franz Helsing.

Ihr Schaden,
daß Sie uns noch nicht kennen,
denn unsere in mehr als siebenzigjährigem „Dienst am Kunden" erworbenen Fachkenntnisse und Erfahrungen könnten auch Ihnen schon lange von großem Nutzen sein.
Bitte geben Sie uns Gelegenheit, in für Sie unverbindlicher Weise Ihre Reklame-Aufgaben mit Ihnen zu besprechen.
Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft
Haasenstein & Vogler A.-G., Daube & Co. G. m. b. H.
Essen/Ruhr I, Huyssenallee 27 I., T: 28213
Geschäftst.: Münster i.W., Michaelispl. 1-2 Tel. 457

Gute alte Freunde

auch der Küche sind auch die Bestandteile der Frühstückmargarine „Blauband", heißt es heute: Reinstes kleines Pflanzenöl, fein gesäuerte Rindermilch, Milch und Eigelb sind ihre Grundstoffe. In jahrelangen, wissenschaftlichen Versuchen hergestellt, ist „Blauband" der Jungen gleichsam ein alter Lebensretter. Ein Teil der wertvollen Eigenschaften der Butter vermindlich ihnen neben Geschmack.

Bitte ausprobieren Sie sich!